

8. Sitzung

am Mittwoch, dem 25. Februar 2004

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	199
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	199

Fragestunde

1. Stalking-Projekt der Bremer Polizei

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 13. Februar 2004	199
---	-----

2. Beteiligung von Sozialhilfeempfängern bei der Anschaffung von digitalen Empfangsgeräten

Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 16. Februar 2004	200
---	-----

Aktuelle Stunde

Jugendgewalt - eine Herausforderung für Bremen

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)	201
Abg. Pietrzok (SPD)	203
Abg. Bartels (CDU)	205
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	207
Senatorin Röpke	209
Senator Lemke	211
Abg. Rohmeyer (CDU)	213
Abg. Pietrzok (SPD)	214
Senator Lemke	214

Datenbank barrierefreies Wohnen

Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2004
(Drucksache 16/57 S)

Abg. Focke (CDU)	215
Abg. Frau Kummer (SPD)	215
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	216
Senator Eckhoff	217

**Bebauungsplan 2293 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Schwachhausen zwischen Schwachhauser Ring,
Crüsemannallee und Lüderitzstraße (jeweils teilweise)**

Mitteilung des Senats vom 3. Februar 2004
(Drucksache 16/62 S) 217

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 10
vom 3. Februar 2004**

(Drucksache 16/63 S) 218

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 11
vom 17. Februar 2004**

(Drucksache 16/69 S) 218

**Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 146. Ortsgesetzes
über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in
Bremen-Gröpelingen zwischen Piepengraben, Bundesautobahn (A 27), den
Grundstücken Schragestraße Hausnummern 12 und 17, Eisenbahnstrecke
Bremen - Bremerhaven und Ritterhuder Heerstraße**

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2004
(Drucksache 16/64 S) 218

**Bebauungsplan 2161 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen östlich Lissaer Straße zwischen Be-
zirkssportanlage Gröpelingen, Hauptgebäude der Gesamtschule Bremen-
West und Seewenjestraße (ungerade Hausnummern 51 bis 65)**

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2004
(Drucksache 16/65 S) 218

**Bebauungsplan 2203 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland
zwischen Auf der Heide (beiderseits, Hausnummern 42 bis 60), Am Holler Fleet,
Am Grashof und Eisenbahn Bremen - Hamburg**

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2004
(Drucksache 16/66 S) 218

**Bebauungsplan 2301 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Osterholz östlich Grenzwehr
(VR 283, Flurstücke 41/1 und 43/20 sowie VR 286, Flurstück 199/4)**

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2004
(Drucksache 16/67 S) 219

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2004
(Drucksache 16/68 S) 219

Campingplatzverlegung stoppen: Bürgerwillen ernst nehmen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2004
(Drucksache 16/70 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	219
Abg. Focke (CDU)	221
Abg. Liess (SPD)	222
Senator Eckhoff	223
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	224
Abg. Focke (CDU)	225
Abstimmung	226

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Böhrnsen, Ehmke, Nalazek, Frau Windler.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens Vizepräsidentin Dr. Trüpel	Schriftführerin Arnold-Cramer Schriftführerin Hannken
--	--

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Senator für Inneres und Sport **Röwekamp** (CDU)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung um 15.17 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die achte Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

148. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Osterholz südlich Osterholzer Heerstraße (Hausnummern 79 A bis 83) und westlich Schmidt-Barrien-Weg (Bebauungsplan 2322)
Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2004
(Drucksache 16/71 S)

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Arbeitsschutzmanagementsystem in dem Klinikverband Nord (ehemalige kommunale Krankenhäuser Bremen)
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Januar 2004
Dazu
Antwort des Senats vom 23. Februar 2004
(Drucksache 16/72 S)
2. Bauträgerfreies Bauen in der Stadtgemeinde Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. Februar 2004

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Verbindung der Tagesordnungspunkte fünf mit außerhalb der Tagesordnung, hierbei handelt es sich um die Petitionsberichte Nummer zehn und elf, und zur Vereinbarung von Redezeit bei einem Tagesordnungspunkt.

Meine Damen und Herren, wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich davon Kenntnis geben, dass der Vorstand der Stadtbürgerschaft gemäß Paragraph 2 in Verbindung mit Paragraph 75 unserer Geschäftsordnung dem Antrag der Abgeordneten Frau Prinz entspro-

chen hat, sie vom 1. Februar 2004 bis 31. Juli 2004 zu beurlauben.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zwei frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Stalking-Projekt der Bremer Polizei**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Herderhorst, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Erfahrungen hat die Polizei Bremen mit der seit 2001 eingerichteten gesonderten Bearbeitung von Stalking-Fällen - Fälle, in denen sich der so genannte Stalker der Person seines Interesses geradezu aufdrängt, zum Beispiel durch permanentes Anrufen, Nachstellen, Beobachten, Sachbeschädigungen - gesammelt?

Wie viele Fälle wurden in diesem Zeitraum bearbeitet?

In welchen anderen Bundesländern werden Stalking-Fälle in vergleichbarer Weise bearbeitet?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Röwekamp.

Senator Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Stalking ist das wiederholte Verfolgen und penetrante Belästigen oder Terrorisieren eines anderen Menschen gegen dessen Willen durch Auflauern, Beobachten, Verfolgen und Ausforschen. Der Stalker versucht, durch so genannte Liebesbeweise Macht und Kontrolle über sein Opfer auszuüben, häufig auch in bedrohender Art und Weise. Oft handelt er aus einer Wahnidee oder Zwangsvorstellung heraus. Die Folgen von Stalking sind für die Opfer enorm belastend und können teilweise dramatisch enden.

Das Stalking-Projekt der Bremer Polizei wurde für den Zeitraum vom 1. Januar 2001 bis 1. April 2002 extern evaluiert. Insgesamt verlief das Ge-

samtprojekt erfolgreich. 80 Prozent der Betroffenen waren mit der Bearbeitung beziehungsweise Betreuung durch die Polizei zufrieden. Es wurden allerdings auch insbesondere in der Aus- und Fortbildung Schwachstellen erkannt. Diese wurden inzwischen beseitigt.

Von der Polizei Bremen wurden in der Zeit vom 1. Januar 2001 bis zum 17. Februar 2004 insgesamt 155 Stalking-Fälle bearbeitet, davon 44 Fälle aufgrund von Ermittlungs- beziehungsweise Vernehmungssuchen auswärtiger Dienststellen.

Ein eigener Straftatbestand im Strafgesetzbuch sowie eine darauf aufbauende Legaldefinition Stalking sind nicht existent, und so sind nationale sowie internationale Vergleiche nur sehr eingeschränkt möglich. Vergleichbare umfassende Konzeptionen im Zusammenhang mit Stalking liegen nach Informationen des Landeskriminalamtes Bremen in anderen Bundesländern nicht vor.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Herr Senator, Sie haben eben gesagt oder darauf hingewiesen, dass es keinen eigenen Straftatbestand für diese Fälle gibt. Würden Sie es denn für sinnvoll halten, einen solchen Straftatbestand zu erreichen und gegebenenfalls auch, dass der Senat hier initiativ wird über die Bundesratsebene?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Röwekamp: Der Senat hat sich zur Frage des eigenständigen Straftatbestands bis heute noch keine abschließende Meinung gebildet. Es wird auch sehr darauf ankommen, wie die anderen Bundesländer mit dem Phänomen des Stalking Erkenntnisse sammeln und damit umgehen. Wir sind in Bremen Spitzenreiter. Es gibt in zwei anderen Ländern mittlerweile die Idee, auch ein solches Stalking-Projekt wie in Bremen aufzubauen. Ich denke, zurzeit sind wir Bremer noch relativ allein. Wenn die anderen Bundesländer auch über solche Projekte Stalking-Erfahrungen gesammelt haben, bin ich der Auffassung, kann die Zeit dafür reif sein, daraus auch einen eigenen Straftatbestand zu formulieren.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff **„Beteiligung von Sozialhilfeempfängern bei der Anschaffung von digitalen Empfangsgeräten“**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Strohmann, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Strohmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Inwieweit plant der Senat die Ausgabe von digitalen Empfangsgeräten - Set-Top-Box - an Sozialhilfeempfänger in Bremen?

Inwieweit plant der Senat, die betroffenen Personen an den Anschaffungskosten zu beteiligen, und gibt es Erfahrungen in anderen Testregionen, die auf Bremen zu übertragen sind?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zirka 15 Prozent der bremischen Haushalte empfangen das Fernsehprogramm derzeit terrestrisch, das heißt über Antenne. Haushalte, die nicht über einen Satellitenempfang oder einen Kabelanschluss verfügen, benötigen spätestens am 8. November 2004 für den terrestrischen Empfang von Fernsehprogrammen in digitaler Technik eine so genannte Set-Top-Box, Decoder. Der Anschaffungspreis einer solchen Box, den die Haushalte einmalig zu tragen haben, liegt bei zirka 100 Euro.

Sozialhilfeempfänger haben einen gesetzlichen Anspruch auf Information und zur Teilhabe am kulturellen Leben. Hierzu gehört auch der Anschluss an technische Einrichtungen, die den Fernsehempfang ermöglichen. Der Anspruch auf ein Fernsehgerät wurde beispielsweise im Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. Dezember 1997 bejaht.

In der bislang einzigen Pilotregion Berlin/Potsdam hat die Medienanstalt Berlin/Brandenburg neben dem Sozialhilfeträger Mittel zur zentralen Beschaffung von notwendigen Decodern bereitgestellt, die Sozialhilfehaushalten zur Verfügung gestellt wurden. Beschafft wurden in Berlin/Potsdam zirka 6000 Decoder, die Nachfrage aus den Sozialhilfehaushalten war damit geringer als ursprünglich angenommen. Eine Kostenbeteiligung der Sozialhilfeempfänger ist dort nicht erfolgt.

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales plant, die in Frage kommenden Sozialhilfehaushalte im Rahmen gesetzlicher Leistungspflichten bei der Anschaffung von so genannten Set-Top-Boxen zu unterstützen. Konkrete Aussagen, ob und in welchem Umfang die betroffenen Personen an den Anschaffungskosten be-

teiligt werden, können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gemacht werden.

Der Berliner Weg ist für Bremen insoweit nicht gangbar, als die hiesige Landesmedienanstalt nicht über Mittel zum Erwerb von Set-Top-Boxen verfügt. Sinnvoll scheint aber eine zentrale Beschaffung von Decodern. Hier sind Konditionen vorstellbar, die deutlich unter dem Einzelstückpreis liegen. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wird diese Überlegungen bei der Umsetzung berücksichtigen und gegebenenfalls ein entsprechendes Verfahren installieren.

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wird die entsprechenden Überlegungen der anderen Regionen, die zeitgleich mit Bremen den Regelbetrieb des digitalen terrestrischen Fernsehens aufnehmen, in seine Entscheidungsfindung einbeziehen und die zuständige Deputation vor der Entscheidung befassen. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Frau Senatorin, wie ist denn das im Moment geregelt? Es gibt auch viele Haushalte, auch Sozialhilfeempfänger, die mit Kabelanschluss ausgerüstet sind. Wer übernimmt denn da die Kosten für den Kabelanschluss?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Derzeit gibt es viele Haushalte in bestimmten Wohnanlagen, die Kabelanschluss vorsehen. Dann übernimmt der Sozialhilfeträger auch die Kosten.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Trägt der Sozialhilfeempfänger selbst die Kosten?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ja, sicher!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Gibt es in Ihrer Behörde einen Zeitplan, wie das geregelt wird und wann Sie sich damit befassen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wir haben das Datum 8. November 2004. Ich habe jetzt auch gelernt - es betrifft nicht nur Sozialhilfeempfänger, es betrifft uns alle, soweit wir nicht Kabel oder Satellit haben - ,

dass wir uns bis dahin alle darauf einstellen müssen, diese neue Technik, die Set-Top-Box, zu installieren. Wir werden natürlich so agieren, dass alle Personen, die davon betroffen sind, auch in der Lage sind, sich bis zu diesem Datum dann mit diesem Decoder auszustatten, sofern sie es wünschen und es notwendig ist. Wir werden aber auch sehr genau beobachten, das habe ich ja gesagt, wie die anderen Sozialhilfeträger mit diesem Problem umgehen, damit wir da im Geleitzug sind.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingereicht worden:

Jugendgewalt - eine Herausforderung für Bremen.

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Röpke und Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss vorwegschicken, ich bin gerade nach der letzten Debatte im Landtag relativ froh, dass wir dieses Thema jetzt in der Stadtbürgerschaft diskutieren können. Ich glaube, das wird ein etwas produktiveres Umfeld werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Uns alle haben in den letzten Tagen die Pressemitteilungen und die Presseberichte erreicht über die Vorfälle an einer Huchtlinger Schule, und wenn wir das so in den Kontext der bundesweiten Presselandschaft einordnen, dann tauchen in letzter Zeit vermehrt Berichte über solche Fälle auf, jedes Mal Einzelfälle. Es geht deshalb hier und darf auch in dieser Debatte nicht darum gehen, solche Einzelfälle hochzukochen und dabei wie auch immer geartet sein eigenes parteipolitisches Süpp-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

chen zu kochen, sondern, und da bin ich mir auch mit den Rednern der anderen beiden Fraktionen einig, wir wollen das Thema Jugendgewalt hier schon etwas grundsätzlicher beleuchten und schauen, welche Aufgaben sich aus diesem Thema und dieser Problematik für die Politik ergeben.

Wir müssen uns, denke ich, bei diesem Thema vor Augen halten, dass es in letzter Zeit vermehrt in die Öffentlichkeit kam, davor aber immer ein Thema war, das eher am Rande lag, das keine wirkliche politische Beachtung gefunden hat. Spätestens aber mit diesem Bremer Fall hat sich dieses Problem jetzt ganz offensichtlich auch nach Bremen verlagert, und wir müssen dementsprechend, wenn wir jetzt argumentieren, dieses Problem ist in Bremen angekommen, uns dann auch unsere eigenen politischen Gedanken darüber machen und versuchen, dieses sehr hoch gelagerte Problem, das keinesfalls nur ein Huchtinger Problem ist, das kein Problem nur des Stadtteils Tenever ist, nur des Stadtteils Kattenturm ist - das haben wir genauso in Schwachhausen, das haben wir in Oberneuland, das haben wir in Mahndorf genauso wie in Mitte -, es ist sozusagen ein Problem, und ich glaube, das müssen wir uns zunächst einmal vor Augen halten, das wir unabhängig vom sozialen Milieu flächendeckend haben und das leider Gottes aber so wenig in der Öffentlichkeit steht, weil es eben sehr stark tabuisiert wird und weil da immer auch sehr leicht der Mantel des Schweigens darüber gebreitet wird. Da müssen wir eben schauen, wie wir an dieses Problem, das letzten Endes kein parteipolitisches, sondern ein gesellschaftspolitisches ist, herangehen können. Das wollen wir versuchen, in dieser Aktuellen Stunde zumindest anzudiskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke nämlich, wenn man sich dann die fast schon reflexartigen Reaktionen einiger politischer Instanzen anschaut, beispielsweise dieses Hickhack zwischen Sozial- und Bildungsressort - -. Vor kurzem hat das Sozialressort argumentiert, dass Grundschüler ja noch kein Gewaltproblem hätten, dass das erst im höheren Alter anfinde. Umgekehrt, wenn ein Fall nicht im Raum Schule, nicht im Klassenraum, nicht in der Schulzeit stattfindet, sondern in der Freizeit, dann möchte das Bildungsressort damit gern wenig zu tun haben. Das ist natürlich eine einerseits verständliche, aber aus meiner Sicht fatale Reflexhandlung, denn letzten Endes haben wir diese beiden Ressorts Bildung und Jugend, die sich mit Jugendlichen befassen, die Politik für diese jungen Menschen machen müssen.

Ich denke, ein ganz wichtiger und grundlegender Schritt ist, dass wir zunächst einmal in diesen bei-

den Ressorts ein Problembewusstsein hinbekommen und auch eine Bereitschaft, da eng und produktiv miteinander zu kooperieren, ohne gegenseitig in diesen Reflex und in diese Dynamik zu verfallen, dass es das eigene Ressort nichts angeht und dass man selbst dafür nicht verantwortlich zeichnet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir das dann noch etwas herunterbrechen, von den Ressorts beispielsweise in die Ebene der Schule, was passiert, wenn so ein Fall sich ereignet, dann wird dem Schulleiter ein Maulkorb verhängt, dann wird versucht, sowohl seitens der Behörde als auch natürlich seitens der unmittelbar Betroffenen, dieses Thema möglichst nicht an die Oberfläche kommen zu lassen, möglichst im eigenen Kreis zu behandeln.

Das ist eine menschlich verständliche Reaktion, aber ich glaube, wenn wir uns mit den gesellschaftlichen Ursachen dieses Problems auseinander setzen, dann müssen wir uns auch darüber unterhalten und müssen auch anerkennen, dass dieses Verschweigen, dieses „das können wir schon selbst lösen“ natürlich auch selbst mit ein Teil des Problems ist und dass, je offener wir mit diesem Thema umgehen und solange wir dieses Problem haben, je selbstverständlicher wir damit umgehen und wie selbstverständlicher sich dann auch die Betroffenen von außen Hilfestellung und Rat holen, dadurch der Umgang mit diesem Problem leichter wird und man letzten Endes von der obersten bis in die unterste Hierarchiestufe so eines Behördenapparats oder auch so einer Verwaltung das dementsprechende Problembewusstsein und auch die Bereitschaft hat, mit diesem Thema wirklich progressiv und auch selbstkritisch umzugehen. Diese Bereitschaft brauchen wir. Solange wir sie nicht haben, haben wir da wirklich ein strukturelles Problem, das den Umgang mit diesem Thema wesentlich erschwert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, wir müssen uns in diesem Zusammenhang tatsächlich über Werte unterhalten, und zwar jetzt nicht im Rahmen dieser klassischen Wertediskussion, sondern vielmehr über Fragen von Zivilcourage, von Widerstand, von Mut, von Engagement für Mitbürger und für deren Probleme, und müssen schauen, ob wir als Politik Möglichkeiten haben, in diesen Problemfeldern zu agieren. Ich denke, das ist nicht einfach, aber es gibt sicher einige Hebel.

Wenn wir uns dann anschauen, was beispielsweise Psychologen sagen, wie man diese Probleme versuchen kann anzugehen, dann geht es eindeu-

tig in die Richtung, dass wir eben tatsächlich versuchen müssen, dort, wo wir pädagogisch wirken können, wo wir schon gerade bei Kindern und Jugendlichen sozusagen der kommenden Generation Schranken setzen können im Verhalten, im Umgang mit solchen Problemen, dort tätig zu werden. Das ist in der Schule, das ist außerhalb der Schule in der Jugendhilfe.

Deshalb müssen wir an der Stelle eine enge Verknüpfung nicht nur der Ressorts auf der senatorischen Ebene, sondern wirklich auch bis in die kleinen Einrichtungen hinein erreichen, da müssen wir diesen Gang von Kooperation enger gehen, und wir müssen ihn auch so wehrhaftig machen, dass er mit solchen Problemen umgehen, sich damit auseinander setzen kann und dass wir da wirklich eine enge Vernetzung auf der einen Seite hinbekommen und auf der anderen Seite eben auch Projekte haben, die sich speziell mit Problemen von Jugendgewalt befassen - die haben wir schon in der Grundschule, das geht dann weiter über die aufsuchende Jugendarbeit, auch die Familienbildung bietet entsprechende Programme -, die Eltern dann zeigen, wie man Konflikte gewaltfrei löst und wie man Kindern Selbstbewusstsein, Zivilcourage und all diese Fähigkeiten versucht zu vermitteln.

Wir müssen an der Stelle natürlich auch diese Programme unter diesem Aspekt sehen, dass sie auf dieses Thema einwirken und wir an dieser Stelle, auch wenn der Spardruck enorm ist, nicht nur kürzen dürfen, sondern diese beiden Themen auch wirklich ganz konkret miteinander verknüpft sehen müssen. Wir haben da einen Hebel als Staat, um wirksam zu werden. Es ist kein Allheilmittel, aber es ist zumindest eine Möglichkeit, und es ist eine der wenigen Möglichkeiten, die wir als Staat haben, da so ein gewisses gesellschaftliches Umdenken anzuregen und sozusagen an dieser Gelenkstelle wirksam zu werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So denke ich, dass wir, gerade weil wir die Möglichkeit haben, hier jetzt relativ sachlich das Thema zu diskutieren, wirklich schauen müssen, dass es nicht darum geht, einer Seite die Schuld zuzuweisen. Es ist ein sehr diffuses Problem, keines, das man mit einer einzigen oder einigen wenigen politischen Handlungen lösen kann, sondern es ist ein Problem, das wir womöglich ständig haben, aber ein Thema, das wir angehen müssen und wo wir zumindest eine Tendenz einschlagen müssen, einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Wenn wir den nicht bekommen, dann können wir gern mehr Polizisten oder einfach mehr Streetworker einstellen. Letzten Endes werden wir damit aber des Problems nicht Herr, sondern wir müs-

sen, ich sage einmal, auch in unserem eigenen Verhalten ein Vorbild sein für die Betroffenen, für die Bevölkerung als solche, dieses Thema sachlich diskutieren und schauen, inwieweit wir da überhaupt Wege zur Lösung haben und das Thema als solches in der Gesellschaft enttabuisieren und offener diskutieren, als es bislang geschah. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Crueger, es fällt mir sehr schwer, zu dieser Thematik hier eine Rede zu halten, insbesondere auch wegen dieses Anlasses, weil wir es aus meiner Sicht mit einem sehr subtilen Thema zu tun haben, bei dem wir keineswegs nur darüber reden müssen, wie staatliches Handeln neu organisiert werden muss, sondern - und das haben Sie ja auch in Ihrer Rede deutlich zu machen versucht - es geht darum, dass man versuchen muss, ein gesellschaftliches Klima insgesamt zu ändern. Das ist keineswegs eine Fragestellung, mit der wir uns nur hier als Fraktionen im Parlament auseinander setzen müssen, und das ist auch keine Frage, mit der wir den Senat beauftragen können mit der Bitte, da möglichst schnell wieder im Parlament Vollzug zu melden.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen Jugendgewalt nicht verharmlosen, und wir müssen solche Einzelfälle wie die, die wir nun auch in Huchting zur Kenntnis nehmen müssen, ernst nehmen. Uns muss klar sein, dass es dabei nicht nur Opfer gibt, die wirklich auch ernsthaft persönlich zu Schaden gekommen sind, sondern wir müssen wahrnehmen, dass Gewalt, und auch Gewalt unter Jugendlichen, das gesamte Lebensgefühl von jungen Menschen sehr maßgeblich beeinflusst, weil ein Klima der Furcht entsteht, weil eine Atmosphäre entsteht, in der ein Wohlfühlen für junge Menschen immer schwieriger ist. Darin besteht die gesellschaftliche Verantwortung, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen. Es betrifft alle, auch die, die nicht unmittelbar Opfer geworden sind, sind davon betroffen.

Wir müssen aber auch ganz deutlich sagen, Politik hat im Hinblick auf diese Problematik derzeit kein Patentrezept, und, ohne prophetisch werden zu wollen, ich vermute, wir werden auch auf lange Sicht kein Patentrezept für eine solche Problematik haben. Die Politik wird Vorkommnisse wie diese nicht ausschließen, und insofern wollen wir versuchen, genau wie Herr Crueger es auch deutlich gemacht hat, diese Problematik in alle gesell-

schaftlichen Bereiche hineinzutragen. Wir müssen erreichen, dass Kinder sich damit auseinandersetzen, dass Jugendliche sich damit auseinandersetzen, Eltern sich damit auseinandersetzen. Die gesamten Familien müssen über dieses Thema sprechen, sie müssen miteinander darüber reden, und alle Institutionen, die sich in irgendeiner Weise nützlich machen können, müssen sich alle auf dieses Thema beziehen und sich orientieren, damit dieses Problem der Gewalt unter jungen Menschen nicht mehr eine so große Rolle spielt.

Es geht dabei im Endeffekt darum zu erreichen, dass junge Menschen eine Fähigkeit erlangen, Konflikte zu lösen, Konflikte anders zu lösen als auf dem Wege der Gewalt, von der wir wissen, dass sie Konflikte in der Regel ja nicht löst, sondern eher neue schafft.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel ist meiner Meinung nach nur darüber zu erreichen, dass man über die Probleme und die Folgen von Gewalt unter Kindern und Jugendlichen offen spricht. Die Scham muss weg, meine Damen und Herren! Wir müssen erreichen, dass die Opfer in aufrechter Haltung über ihre Erlebnisse sprechen können, wir müssen aufrichtig zuhören, und wir müssen echte Anteilnahme deutlich machen, damit ein Klima entsteht, in dem sich die jungen Menschen uns auch wirklich anvertrauen. Wir müssen erreichen, dass die Täter zu einer sachlichen Diskussion kommen und sie die Konsequenzen tragen können. Wir müssen uns aber auch mit den Ursachen auseinandersetzen, wir müssen das Gespräch auch mit den Tätern suchen, um Wiederholungen von solchen Taten zu vermeiden.

Der offene Umgang insgesamt in Jugendeinrichtungen muss deutlich gefördert werden. Die Thematisierung muss positiv begleitet werden. Wir müssen erreichen, wenn Schulen oder Jugendeinrichtungen sich dieses Themas annehmen, dass das positiv besetzt wird. Es darf nicht der Eindruck entstehen, die Jugendgewalt an dieser Schule ist ein Problem, das erkennen wir daran, dass die Schule darüber spricht, sondern wir müssen sagen: Aha, hier ist eine Schule, die sich damit defensiv auseinandersetzt,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und hier ist ein Freizeithaus, das sich offen damit auseinandersetzt. Das ist ein Grund für ein Lob und keineswegs ein Zeichen für Skepsis oder Besorgnis.

Gewalt ist ein ganz wichtiges Feld, das hier in unserer Gesellschaft sehr verdrängt wird. Sexualisierte Gewalt wird in noch viel höherem Maße verdrängt. Das betrifft die Täter, das betrifft das Opfer, das betrifft auch zuschauende Menschen, und auch die Institutionen neigen dazu, denn das Risiko ist dabei, wenn man sich damit offen auseinandersetzt, dass die negativen Konsequenzen eben doch überwiegen gegenüber den Chancen, wenn man sich dagegen engagiert, dass solche Gewalttätigkeiten vorkommen.

Herr Crueger hat deutlich gesagt, dass er große Schwierigkeiten damit hat, dass Einzelne - hier wohl das Ressort Bildung und die Schule - versucht hätten, die Verantwortung aufeinander abzuschieben. Ich kann das übrigens so nicht erkennen. Ich kann erkennen, dass es eine hohe Sensibilität dafür gibt, in einer solchen Situation zu schauen: Ist jetzt jemand im Begriff, die Verantwortung abzuschieben? Ich habe auch das Gefühl, wir haben es hier mit einer seismographischen Sensibilität zu tun, ob so etwas stattfindet. Wenn ich mir aber konkret ansehe, was das Sozialzentrum gemacht hat, wie die Schule da agiert hat, kann ich nicht sagen, dass hier ein Ausblenden stattgefunden hat. Das möchte ich nicht unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, wir sollten auch an dieser Stelle etwas selbstkritischer sein. Politik neigt sehr stark dazu, bei allen gesellschaftlichen Defiziten, die es gibt, die Schule dafür verantwortlich zu machen, alle diese gesellschaftlichen Defizite auszugleichen. Mein Eindruck jedenfalls ist, dass auch die Schule vor Ort sich dieser Problematik angenommen hat. Mein Eindruck ist allerdings auch - nicht speziell von dieser Schule, aber generell -, dass es eine gewisse Skepsis oder eine gewisse Besorgnis bei den Lehrern gibt, dass sie immer dann, wenn Probleme hier in dieser Stadt auftreten, die ersten sind, die mit Konzepten auf die Straße gehen oder hier hereinkommen müssen, um Konzepte für die Lösung von solchen Problemen auf den Tisch zu legen. Das wird, glaube ich, der Aufgabe von Schule auch nicht gerecht, denn auch hier haben wir erhöhte Anforderungen, was den Bildungsauftrag betrifft. Deswegen bin ich der Meinung, wir müssen hier auch mit den Menschen, die in den Schulen arbeiten, respektvoll umgehen. Ich jedenfalls möchte ganz deutlich sagen, dass ich erkennen konnte, dass es ein Bemühen von allen Institutionen gegeben hat, sich auch so zu engagieren, dass mit diesem Problem möglichst offen umgegangen wird.

(Beifall bei der SPD)

Es bleibt aber dabei: Wir müssen solche Ansätze weiter fördern. Es geht darum, ein schnelles, ein beherrschtes Eingreifen in einer solchen gesellschaftspolitischen Frage zu ermöglichen und positiv zu besetzen.

Wir müssen uns aber, glaube ich, als Politik auch noch mit einer anderen Frage selbstkritisch bei dem Thema auseinandersetzen: Ich habe mich gestern mit Jugendlichen aus Gröpelingen unterhalten und sie einmal gefragt, welche Einschätzung sie denn haben, was sie eigentlich meinen, welches die Ursachen für solche Jugendgewalt wären. Da wurde mir geantwortet, sie hätten den Eindruck, die Erziehung wäre viel zu lax und zu lau, und die Kinder müssten strenger erzogen werden. Darüber habe ich mich sehr gewundert. Die Wissenschaft sagt genau das Gegenteil. Die Wissenschaft sagt: Besonders gewalttätig sind insbesondere die Kinder, die besonders strenge Väter haben. Das ist sehr interessant!

Sie haben noch ein weiteres Argument angeführt - das ist natürlich für mich als jugendpolitischer Sprecher auch wichtig -, nämlich dass sie sagen: Ja, was sollen diese Jugendlichen in Huchting eigentlich machen? Welche Freizeitmöglichkeiten gibt es da? Früher gab es da eine Einrichtung, die Mixbox, die es jetzt nicht mehr gibt. Sie wollten damit zum Ausdruck bringen, dass sie finden, dass die Jugendpolitik hier auf einem falschen Weg ist. Man muss es deutlich sagen, diese Einrichtung Mixbox in Huchting ist tatsächlich geschlossen worden. Ich glaube auch, dass das ein herber Verlust für diesen Stadtteil ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube zwar auch, dass natürlich nicht ein unmittelbarer Zusammenhang herzustellen ist im Hinblick darauf, dass, wenn man eine Einrichtung schließt, automatisch die Jugendgewalt steigt, aber da müssen wir Sozialdemokraten deutlich sagen: Auch wenn wir keine Kürzungen im Bereich der Jugendarbeit hinbekommen haben, ist es uns nicht gelungen, diese Einrichtung in ihrer Arbeit zu sichern.

Wir sind weit davon entfernt, dass wir für den Bereich der Jugendarbeit eine bedarfsgerechte Ausstattung haben, dafür müssen wir weiter kämpfen. Das ist nur ein ganz kleiner Bereich, aber wir werden uns auch weiterhin bemühen, dass wir zumindest nicht weitere Einrichtungen schließen müssen. Wir werden uns darum bemühen, dass wir auch weiterhin gleich viel Geld für den Bereich der Jugendarbeit investieren, denn eines ist uns klar: Wir müssen vernünftige Freizeitangebote für Jugendliche machen. Das wollen wir auch tun. Das ist, denke ich, aus der jugendpolitischen Sicht ein

wichtiger Beitrag, um sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, und doch gilt das, was auch Herr Crueger schon gesagt hat: Es geht darum, dass die gesamte Gesellschaft sich mit diesem Thema anders auseinandersetzen muss als bisher. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels (CDU)**¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei meinem Vorredner für den sachlichen Ton bedanken. Ich finde, diese Debatte hat das auch verdient.

Leider sprechen wir immer nur aus aktuellem Anlass über das Thema Gewalt. Die Gewalttaten in Huchting mit sexualisierter Gewalt sind zu verabscheuen. Wir von der CDU-Fraktion verurteilen sie aufs Schärfste. Dennoch muss man die Umstände sachlich einordnen. Es ist gefährlich, aus diesen Einzeltaten Rückschlüsse zu ziehen und politische Konsequenzen einzuleiten. Auch wenn die Summe der Gewalttaten relativ konstant bleibt, hat die Intensität von Gewalttaten unter Jugendlichen in unserem Land erheblich zugenommen. Dies muss von uns auch so schonungslos benannt werden. Die meisten unserer Jugendlichen sind aber keine potentiellen Täter und werden gewalttätig und gewaltbereit.

Unrealistische, aber oberflächliche und hilflose Reaktionen in Form von Schnellschüssen, egal, von welchem politischen Rand sie kommen, lehnen wir ab. Feststellen können wir, dass die Lebensbedingungen von Jugendlichen sich in den letzten Jahren sehr viel schwieriger darstellen. Eine vernünftige Jugendpolitik im Sinne von Prävention ist zwangsläufig eine Querschnittsaufgabe und betrifft alle Politikfelder. Der rohe Umgangston, den wir immer mehr bei Jugendlichen beobachten, ist nur ein Punkt, den ich ansprechen möchte. Der Gebrauch von Schimpfwörtern, Beleidigungen in der alltäglichen Kommunikation fallen mir immer mehr auf. Insgesamt ist festzustellen, dass unsere Gesellschaft immer mehr Streitkultur verliert.

Ich will mich heute nicht nur der Frage nach den Ursachen der spektakulären Gewalttaten zuwenden, sondern auch über den Umgang mit Gewalt im Alltag und ihren Ursachen sprechen. Wir brau-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

chen da keine Denkverbote, meine Damen und Herren, was wir brauchen, ist ein Aufwachen der Gesellschaft insgesamt. Wegschauen und Wegducken gilt nicht. Grenzen zu setzen liegt in der Verantwortung aller, die an der Erziehung junger Menschen beteiligt sind, zuallererst aber in der Verantwortung der Eltern. Auch Erzieher, Lehrer, Trainer und Ausbilder haben eine Verantwortung. Hierauf komme ich später zurück.

Das Setzen von Grenzen setzt bereits im frühen Kindesalter an. Jede Form von gewalttätigem Handeln in der Gesellschaft muss stärker geächtet werden. Gewalt verletzt, zerstört Körper und Seele. Gewalt darf als Mittel der Auseinandersetzung nicht akzeptiert werden. Sie darf vor allen Dingen nicht zum Erfolg führen. Jedes Wegschauen von Eltern, Erziehern, Lehrern bestätigt die leider häufig von den Medien transportierte Botschaft, dass immer der Stärkere gewinnt. Verstärkt wird diese Botschaft durch eigene Gewalterfahrungen und negative Vorbildwirkung von Erwachsenen. Jeder von uns ist gefordert, als Vorbild voranzugehen: der Verwandte, der Nachbar, der Erwachsene, der auf der Straße von Kindern und Jugendlichen wahrgenommen wird und bei Rot über die Ampel geht, selbst und im besonderen Maß wir hier in diesem Haus!

Weitgehend einig sind sich Autoren der Gewaltstudien, dass die Gewalt eine neue Qualität erlangt hat: Es fehle Einfühlungsvermögen, Unrechtsbewusstsein und Schuldgefühl, die Brutalität habe zugenommen, es werde grundlos, rücksichtslos und mitleidlos zugeschlagen, der Gegner müsse fertig gemacht werden, der Unterlegene werde noch getreten, wenn er schon wehrlos am Boden liegt. Kinder, die Gewalt in der Familie erleben, greifen später häufig selbst zur Gewalt als Mittel der Konfliktlösung. Gewalt darf aber in der Familie keinen Platz finden.

(Beifall bei der CDU)

Psychische Fehlentwicklungen werden weder von der Schule noch von den Medien hervorgerufen, sondern durch emotionale Defizite im Kindesalter verursacht, durch Mangel an Liebe, Zuwendung sowie durch familiäre Vernachlässigung, denn liebevolle Erziehung fördert die Fähigkeit, Mitleid zu empfinden, sowie die Bereitschaft, sich für Schwächere einzusetzen. Die Familien haben dabei Anspruch auf Unterstützung und Begleitung in ihrer Erziehungsarbeit. In der Frage der Familienqualifikation sind wir zum Glück in dieser Stadt weiter. Ich verweise auf die bisher einzigartige und hochpragmatische Initiative „Kindernot braucht Lösungen“ des Kinderschutzbundes und des Elternnetzes in Bremen. Insbesondere hier wird die Bedeutung gewaltfreier Erziehung den Eltern näher ge-

bracht, denn gewaltfreie Erziehung fördert den aufrechten Gang und stärkt das Selbstbewusstsein.

Noch immer ist für Kinder die Wahrscheinlichkeit, psychische Gewalt in der Familie zu erleiden, größer als auf dem Schulhof. Gewalt in den Familien ist deshalb stärker in unserer Gesellschaft zu thematisieren. Ein positives Beispiel möchte ich nennen, das so genannte Head-Start-Programm in den USA. Hier ist die Elementarerziehung präzise strukturiert und verbindlich. Eltern werden nicht nur regelmäßig animiert, in den Institutionen mitzuarbeiten und ihr Kind zu Hause zu fördern, sondern sie erhalten auch zum Beispiel in Gesprächen präzise und differenzierte Hinweise sowie Entwicklungsberichte.

Noch stärker als in der Vergangenheit ist die Bedeutung einer auf Wertevermittlung ausgerichteten Erziehung zu betonen, dabei sind insbesondere die Eltern in der Pflicht. Was von Familien versäumt wird, kann von Schule, Gesellschaft und von der Politik nur unzureichend nachgeholt werden. Die rechtlichen Möglichkeiten müssen aber ebenso ausgeschöpft werden, die Wahrnehmung der Erziehungsverantwortung bei Eltern einzufordern und notfalls mit Sanktionen durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich muss aber auch sagen, es ist ein Stück weit enttäuschend, wenn sich, wie bei den Ereignissen in Huchting, die Schule und die Bildungsbehörde verschließen und den außerschulischen Tatort betonen.

(Beifall bei der CDU)

Täter wie Opfer sind gemeinsam Schüler einer Schule.

(Senator Lemke: Nein!)

Die Situation ist auch eine Chance an Schulen, das Thema aufzuarbeiten und das Schweigen zu durchbrechen. Wir wissen, das Konfliktpotential an Schulen ist enorm hoch. Das hat uns die Studie von Professor Leithäuser sehr deutlich gemacht. Wir brauchen deshalb Vergleichbarkeiten und müssen solche Studien auch wiederholen. Immer noch werden Lehramtsstudenten während ihrer Ausbildung nicht auf dieses Problem vorbereitet, Konfliktbewältigung an Schulen ist kein Thema an der Universität. Das darf nicht so bleiben.

Es geht darum, die Vereinzelung sowohl an den Schulen als auch in den Stadtteilen aufzubrechen. Lehrer dürfen eben keine Einzelkämpfer bleiben. Sie müssen entsprechend befähigt werden einzugreifen und hier auch von den Eltern unterstützt

werden. Lehrer dürfen eben nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Schule endet nicht mit der Stunde oder mit dem Gong oder Glockenschlag zur Pause.

(Beifall bei der CDU)

Schüler, Lehrer und Eltern müssen erkennen und sich gegenseitig informieren, wenn sich ein Mitschüler isoliert und so möglichst frühzeitig Warnsignale und verdeckte Hilferufe wahrnehmen. Wir müssen die Erzieher und Lehrer durch eine verbesserte psychologische Ausbildung in die Lage versetzen, Anzeichen für eine seelische Veränderung bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu erkennen. Durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen Schule, Elternhaus sowie Kinder- und Jugendhilfe sind entsprechende Hilfs- und Beratungsangebote zu unterbreiten. Der gewaltfreie Umgang miteinander muss oberstes Ziel an unseren Schulen werden.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch auf das Projekt der Bremer Bürgerstiftung „Schulentwicklung und Konfliktberatung“ eingehen. Wir unterstützen dieses Projekt sehr. Es stärkt Lehrern psychisch den Rücken. Lehrer sollen sich eine persönliche Haltung aneignen, wie Techniken zum Einschreiten bei Konflikten erlernt werden. Das hat große Resonanz an Schulen gefunden. Auf diese Projekte muss man mehr setzen. Ebenso haben viele Schulen Erfahrungen mit so genannten Streitschlichterkonzepten, nach denen Schüler lernen sollen, selbst für ein gemäßigtes Klima auf dem Schulhof zu sorgen. Das sind positive Ansätze, die wir weiter ausbauen müssen.

Nicht ungewöhnlich sind Elternberichte von Grundschulern, die in Stadtteilen mit nicht sehr hohen Sozialindikatoren leben, bei denen die Erst- und Zweitklässler von Viertklässlern erpresst und auf dem Schulhof abgezogen werden, meine Damen und Herren! Das ist der Regelfall. Man muss es in den Stadtteilen sehen, man darf nicht wegschauen. Lassen Sie uns daher Zivilcourage gemeinsam in den Vordergrund stellen!

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen dazu kommen, dass es in allen Teilen der Gesellschaft, insbesondere in den Familien und in den Schulen sowie im Medienbereich, zu einer kompromisslosen Ablehnung und Verurteilung von Gewalt kommt. Dabei muss es ein vorrangiges Ziel sein, die Zusammenarbeit aller Verantwortlichen insbesondere im Kinder- und Jugendbereich weiter zu verbessern.

Kinder vor dem Fernseher sind heutzutage oft nur eines: einsam! 10.000 Anrufe bekommt der Kin-

derkanal monatlich, weil die Anrufer einfach nur einmal mit irgendjemandem sprechen wollen. Den Jugendlichen geht es nicht anders, sie fühlen sich vielfach von der Gesellschaft ausgegrenzt. Wir wollen, und das darf ich betonen, alles daransetzen, um Gewalt, Pornographie, Kriegsverherrlichung, Radikalismus und all den ganzen Schund, der sich auch im Internet tummelt, zurückzudrängen. Darin stimmen wir erfreulicherweise, glaube ich, in diesem Haus überein.

Der Umgang mit Medien muss aber in der Schule, in der Elternarbeit und bei der Lehrerbildung eine größere Rolle spielen. Auch müssen wir die Kontrollmechanismen gegenüber der Darstellung von Gewaltverherrlichung und gegenüber jugendgefährdenden Inhalten in den Medien und im Internet verbessern. Das von meiner Fraktion schon häufiger in die Debatte gebrachte Projekt „Haus des Jugendrechts“ in Baden-Württemberg, das 1999 in Stuttgart-Bad Cannstatt, gestartet ist, ist ein sehr erwähnenswertes Projekt, meine Damen und Herren. Es hat sich mehr als bewährt, das zeigen mir die Berichte der wissenschaftlichen Begleituntersuchungen.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss! Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist schon in allen Debattenbeiträgen deutlich geworden, dass dies nicht nur ein Thema ist, das in die Stadtbürgerschaft gehört, sondern das insgesamt in der Gesellschaft zu veranlagen ist. Entscheidend ist eine Änderung des gesellschaftlichen Klimas. Da sind wir alle aufgefordert. Wir benötigen bürgerliches Engagement und Zivilcourage. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Aktuelle Stunde zum Anlass nehmen, noch einmal aus meiner Sicht zwei Punkte aufzugreifen! In der „Bild“-Zeitung war der riesengroße Aufmacher über diese Gewalttat in Huchting. Das habe ich zum Anlass genommen, den Bildungssenator zu fragen, wie das Ressort damit umgeht. Herr Lemke hat aus meiner Sicht etwas Alarmierendes geäußert. Wir haben uns im vergangenen Jahr hier in der Bürgerschaft mit der aufrüttelnden Gewaltstudie mit Professor Leithäu-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

ser und Herrn Menk befasst, darüber breit debatiert und dem Ressort einen Auftrag gegeben, der Bürgerschaft einen Bericht vorzulegen, was konkret für Lehrer getan wird, welche Angebote Eltern gemacht werden, wie Bildung und Jugendhilfe künftig stärker kooperieren können. Ich denke, das ist aus Sicht aller Fraktionen ein wichtiger und richtiger Antrag, auf dessen Erfüllung wir heute noch warten.

Der Punkt, der mich sehr nachdenklich gemacht hat, war, dass der Bildungssenator gesagt hat, es seien über 180 Schulen mit einem Fragebogen angeschrieben worden, und nur 15 Schulen hätten diesen Fragebogen beantwortet. Das fand ich alarmierend. Ich dachte, es wäre nach dieser Debatte, nach all diesen Zeitungsartikeln, nach Stadthagen und Hannover ein größeres Problembewusstsein auch in den Kollegien bei den Schulleitungen angekommen. Das macht mich betroffen. Ich finde, an dieser Stelle muss der Bildungssenator handeln. Er hat an der Stelle gehandelt, er hat eine zweite Frist gesetzt und die Schulen erneut aufgefordert, diesen Fragebogen zurückzusenden. Das finde ich richtig. Ich erwarte auch, dass mit nötiger Deutlichkeit gesagt wird, dass die Schulen diesen Fragebogen, der wirklich fachlich gut ist, beantworten müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Punkt ist: Kurz danach war ein Leserbrief von vier Schülerinnen in der Zeitung, die gesagt haben, dass es sie sehr nachdenklich macht und aufrüttelt, welche Art von Gewalttaten stattfindet, dass Täter und Opfer gegenseitig offenbar austauschbar sind und sie sich wünschen, dass das Thema Gewalt an Schulen viel stärker thematisiert werden muss. Ich glaube auch, dass man nicht schweigen darf, dass man nicht sagen darf wie der Pressesprecher von Herrn Lemke, das sei nur ein Problem von Huchting. Das ist es eben nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Gewalt ist ein Problem und geht alle an: den Bildungssenator, die Jugendsenatorin, das geht uns hier an, das geht die Eltern an, das geht die Lehrer an! Ich habe den Eindruck, dass viele Lehrer - das haben wir hier thematisiert - wegschauen, weil sie nicht wissen, was sie tun können. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, wo wir von Seiten der Politik die Lehrer auch stärker unterstützen müssen. Es müssen Angebote für Lehrer gemacht werden am LIS, sinnvolle Angebote, die die Lehrer dann auch wahrnehmen und wo sie Unterstützung bekommen. Das ist das, was ich

mir wünsche und auch noch einmal gern mit dieser Debatte hier forcieren möchte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde es falsch, wenn ein Schulleiter der Öffentlichkeit nur sagen darf: Bitte rufen Sie den Pressesprecher des Bildungssenators an, wir dürfen nichts sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich wünsche mir, dass es einen offenen Umgang mit dem Thema gibt, dass der Schulleiter sagt, es hat nicht direkt an der Schule, aber im Umfeld der Schule - das kann er auch sagen - mit uns bekannten Jugendlichen eine Gewalttat gegeben. Warum darf der Schulleiter das nicht sagen und auch deutlich machen, dass er sich dessen bewusst ist und dass nicht weggeschaut wird? Ich glaube, das gehört auch zu einer Sensibilisierung dazu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein dritter Punkt ist, ich habe jetzt gehört, dass die Schüler auf andere Schulen verteilt werden, und diese neuen Schulen, auf die die Kinder kommen, wissen nicht, ob die Kinder oder Jugendlichen Täter oder Opfer sind. Die Lehrer werden überhaupt nicht darauf vorbereitet, was das für Jugendliche sind, die da zu ihnen kommen, und was für konkrete Unterstützung sie eigentlich brauchen. Das, finde ich, ist ganz falsch! Da fordere ich den Bildungssenator auch auf: Wenn die Jugendlichen jetzt in andere Schulen gehen, dann müssen doch die Kollegien, dann müssen die Klassen, dann muss die Schulleitung darüber informiert werden, und dann muss es Unterstützung geben, auch für die Schulen, damit sie sich nicht allein gelassen fühlen. Das erwarte ich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt noch ein kurze Bemerkung zu dem, was Herr Pietrzok angesprochen hat: Ich finde es gut und auch richtig, dass Herr Pietrzok als jugendpolitischer Sprecher der SPD hier noch einmal ganz deutlich macht, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen Jugendeinrichtungen und niedrigen Gewalttaten gibt. Das würden Jugendpolitiker nie behaupten, aber ich finde es richtig, dass er sagt: Man muss den Jugendlichen auch Angebote machen, Orte, wo sie reden können, wo sie Unterstützung finden, und die Mixbox war so ein Ort. Es waren 50 Jugendliche im Jugendhilfeausschuss und haben gesagt, das ist die Jugendeinrichtung, die wir haben wollen.

Ich glaube, manchmal sollte die Politik den Jugendlichen an dieser Stelle besser zuhören, und ich hoffe - ich weiß, Sie haben vor, in der Jugendförderung 100.000 Euro zu kürzen -, dass Sie das vielleicht auch noch einmal nachdenklich macht, dass Sie in der Koalition von SPD und CDU noch einmal genau abwägen: Lohnt es sich, 100.000 Euro jetzt einzusparen, oder lohnt es sich nicht vielleicht auch, die Jugendförderung gut oder besser auszustatten, um den Jugendlichen wirklich auch eine Perspektive zu geben? Wir wissen, dass das in Huchting nicht erst letzte Woche passiert ist. Es hat schon vor vier Wochen eine Messerstecherei an der Schule gegeben, die verschwiegen worden ist. Ich finde, das kann nicht sein! Wir müssen hinschauen: Lehrer, Politik, Eltern - alle!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich teile die Auffassung voll: Wir müssen hinschauen, wir sind alle verantwortlich. Ich möchte auch noch einmal ausdrücklich sagen, dass sich alle vier Ressorts, die damals an der Beauftragung der Gewaltstudie beteiligt waren - Bildung, Jugend, Inneres und Justiz -, dieser Verantwortung bewusst sind. Deswegen ist ja seinerzeit die Studie auf den Weg gebracht worden. Wir müssen großen Wert darauf legen, dass sie jetzt auch umgesetzt wird. Diese Geschichte mit den Fragebögen - dazu wird Herr Lemke gleich noch etwas sagen - ist in der Tat bedenklich. Wir wollten ja aufgrund dieser Fragebögen die Situation an den Schulen erarbeiten, um dort konkrete Handlungshilfen zu stellen. Deswegen ist es auch wichtig, dass das läuft. Mir ist aber auch wichtig: Es ist für uns ein ganz zentrales Thema, alle vier Ressorts betreiben dieses Thema mit hoher Priorität.

Dieses Thema ist - das ist auch schon gesagt worden - sehr, sehr schwierig zu bearbeiten, zumal in so einer kurzen Zeit. Das ist sicherlich für alle Redner eine große Herausforderung. Deswegen werde ich mich auch nur auf einige Punkte beschränken können.

Für Gewalt unter Jugendlichen gibt es keine einfachen Erklärungsmuster, da gibt es vielfältige Faktoren. Wir wissen, dass zum Beispiel die Erziehungsstile der Eltern eine ganz große Rolle spielen. Kinder, die zu Hause körperliche Gewalt erfahren, die ungerechte Bestrafung erfahren, reproduzieren dieses Verhalten gegenüber anderen Jugendlichen, aber umgekehrt haben auch Kinder

von sehr liberalen Eltern einen beachtlichen Anteil unter den Intensivtätern. Auch das zeigt schon, wie breit dieses Spektrum ist. Auf jeden Fall ist es wichtig, dass Eltern ganz intensiv in die Strategie einbezogen werden, wie wir Gewaltprävention entwickeln können.

Neben den Familien spielen die Freundeskreise eine ganz wichtige Rolle. Da entsteht ein unheimlicher Druck auf die Jugendlichen, wenn in dieser Gruppe, in der sie aktiv sind, Gewalt akzeptiert wird oder man sich durch Gewalt sogar noch hervortun kann. Der Gruppendruck ist also nicht zu unterschätzen. Wir sind zum Beispiel mit aufsuchender Cliquenarbeit dabei, diese Gruppen zu öffnen, sie zu integrieren. Es muss auch gelingen, Ausstiegshilfen für gefährdete Jugendliche anzubieten. Das ist also auch ein ganz wichtiges Thema. Vor allem geht es darum, die Jugendlichen zu motivieren, ihnen Mut zu machen, ihre Stärke einzubringen und auch in der Gruppe zu widersprechen.

Eine zentrale Rolle, und das sagt auch die Leithäuser-Menge-Studie, spielen in der Tat die Pädagogen, die Erzieher. Die Schule ist ja auch der Ort, wo alle Jugendlichen da sind, wo alle Jugendlichen sozusagen jeden Tag miteinander umgehen, alle Jugendlichen erreicht werden können. Deswegen spielt sie eine große Rolle. Solidarität und ein positives Klima, eine Identifikation mit ihrer Schule spielen auch eine große Rolle, wenn es um das Gewaltthema geht. Wenn Lehrer und Erzieher sich auch für soziale Kompetenz zuständig fühlen, dann ist es die effektivste Gewaltprävention, die wir haben. Das sollte man nicht unterschätzen. Insofern kommt den Pädagogen eine ganz wichtige Rolle zu, und das, was in der Schule jeden Tag gelernt und miteinander eingeübt wird, wirkt sich natürlich auch auf das Verhalten der Jugendlichen außerhalb der Schule aus. Wir wissen alle, wie Jugendliche reagieren, wenn rechtswidriges Handeln - in diesem Fall eben Gewalt - einfach von Erwachsenen ignoriert wird. Gerade bei Tätern wird das natürlich besonders intensiv beobachtet, wenn ihnen kein Einhalt geboten wird, ihnen keine Grenze gezeigt wird.

Wichtig ist auch, dass wir bei diesem komplizierten Thema keine Schuldzuweisungen treffen. Alle Akteure müssen sich verantwortlich fühlen, und wir brauchen in der Tat eine Kultur gegen Gewalt. Dazu brauchen wir natürlich auch Problembewusstsein und das Bewusstsein, dass wir alle betroffen sein können. Dieses Problembewusstsein ist natürlich immer sofort da, wie jetzt in Huchting, wenn es zu besonders extremen Gewalthandlungen kommt. Dann ist die Presse dabei, dann werden alle aufmerksam.

Ich möchte noch einmal zu diesem Vorfall in Huchting klarstellen: Es ist mitnichten so, wie es hier angedeutet wurde, dass Ressorts sich sozusagen gegenseitig die Schuld zugeschoben oder die Verantwortung abgegeben haben. Im Gegenteil! Es hat aufgrund dieses Vorfalls eine Runde gegeben, bei der alle Beteiligten im Ortsteil zusammengekommen sind, alle, die damit zu tun haben. Ich will es einfach nur einmal benennen, damit es klar wird: Es waren die Sozialzentrumsleitung, die Schulleitung Hermannsburg, die Schulleitung Willakedamm, der Schulpsychologische Dienst, der Schulsozialarbeiter, der Ambulante Dienst junger Menschen, der Familienhelfer, die Jugendgerichtshilfe, das Jugendfreizeitheim, die Aufsuchende Sozialarbeit - in diesem Fall die Grenzgänger - und der Kontaktbereichsbeamte da. Alle haben sich um diesen Fall gekümmert, und daraus ist dann auch einiges gefolgt, also die Frage, wie gehen wir mit Eltern, mit Jugendlichen, mit Tätern und Opfern um? Es sind Gespräche mit allen Betroffenen geführt worden, es ist Hilfe angeboten worden, unter anderem mit Erziehungsberatung und Kipsi. Den Opfern ist selbstverständlich auch Unterstützung durch die Ambulanten Dienste junger Menschen angeboten worden.

Zur ersten Tat wird jetzt innerhalb der nächsten fünf Wochen Anklage erhoben. Auch das ist ganz wichtig, dass sofort Konsequenzen gezogen werden, damit den Jugendlichen klar wird: Das, was ich hier tue, hat Folgen. Es ist in Huchting auch schon seit längerem vom Sozialzentrum und von den Menschen, die dort vor Ort arbeiten, beobachtet worden, dass es ein Potential für Gewalt gibt. Deswegen sind zum Beispiel auch sieben Antigewalttrainings veranlasst worden, die auch weitergeführt werden sollen.

Es ist also wichtig, dass insgesamt Betroffenheit und Bewusstsein hergestellt wird - das ist, wie gesagt, in einem solchen Fall automatisch da -, wie schaffen wir es, für die alltägliche Gewalt, die überall passiert und eben nicht besonders interessant für die Presse ist, ein Bewusstsein zu schaffen! Dafür ist zum Beispiel diese Fragebogenaktion an den Schulen eine ganz wichtige Aktion, damit in der Schule jeweils erkannt wird: Haben wir da ein großes Problem, oder haben wir es nicht?

(Unruhe - Glocke)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, es ist sehr unruhig hier, man kann kaum etwas verstehen, es wird nur gesprochen. Ich bitte doch, der Rednerin zuzuhören!

(Beifall)

Senatorin Röpke: Es ist wichtig, egal, wo Jugendliche miteinander umgehen, egal, ob es im Sportverein oder in der Jugendfeuerwehr ist oder in der Schule oder im Freizeitheim, dass das Thema Gewalt offen thematisiert wird. Es ist wichtig, solche Aktionen wie zum Beispiel „waffenfreies Bremen“ zu machen, wo über 400 zum Teil hochgefährliche Waffen eingesammelt worden sind, auch an den Schulen. Da wird deutlich, welches Potential an Gewalt dort vorhanden ist. Es ist wichtig, dass sich alle, aber auch wirklich alle - Schule, Jugendhilfe, Polizei, Justiz, Eltern und natürlich auch Jugendliche - an dieser Sache beteiligen, es zu ihrem Thema machen. Die Gesellschaft insgesamt ist gefordert, das ist schon mehrfach gesagt worden. Es gibt jetzt in Bremen eine Initiative, die sich gerade aus Menschen bildet, denen das Thema Gewalt wichtig ist, „Fairplayer“ - diese Initiative wird Sie in den nächsten Wochen noch stärker erreichen -, die sich genau dieses Themas annehmen wird, und das finde ich geradezu vorbildlich.

Es geht darum, dass wir klare Botschaften setzen. Gewalt hat im Freizeitheim und in der Schule hier keinen Platz. Wir brauchen klare Regeln für Jugendliche, und diese Regeln müssen konsequent eingehalten werden, das ist das Entscheidende!

(Beifall bei der SPD)

Es gibt in den unterschiedlichsten Institutionen sehr viele Projekte gegen Gewalt. Ich möchte nur - einige sind schon genannt worden - aus meiner Sicht eines hervorheben, das genau den richtigen Ansatz hat. Das ist das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, das genau diesen Weg geht: Keine Gewalt an meiner Schule mache ich zu meiner Sache und setze mich dafür ein.

Wir haben in dieser Stadt viele Unterstützungsangebote für Eltern, für ihre individuellen Probleme. Wir haben Angebote, um ihre Erziehungskompetenzen zu stärken, das Elternnetz ist schon genannt worden. In diesem Elternnetz sind diese Angebote zusammengefasst, und sie werden den Eltern dann auch für ihr spezielles Problem nahe gebracht. Wir haben viele Angebote der Familienbildung, wir haben viele Angebote der Häuser der Familie, Elterntrainings, wir haben das Schups-Projekt und so weiter und so fort. Es kommt natürlich darauf an, dass diese Angebote auch angenommen werden. Deswegen haben wir gemeinsam mit der Deputation für Jugend das Projekt „Fit für Familie“ auf den Weg gebracht, um Familien niedrigschwellig zu erreichen.

Natürlich ist klar, dass das Geld für Jugendarbeit, so wie wir, die wir in der Jugendpolitik tätig sind, es uns alle wünschen würden, vorn und hinten

nicht reicht, das wissen wir alle. Wir wissen auch, in welchen Haushaltszwängen wir stecken. Daraus lässt sich jetzt leider auch kein Ausweg finden. Ich bedauere es auch an vielen Stellen, die Mixbox ist genannt worden. Wir haben dafür keine Lösung gefunden, aber ich denke, dass diese Debatte zumindest noch einmal klar macht, auch in die Öffentlichkeit hinein, wie wichtig Jugendpolitik ist. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Insbesondere aufgrund des Beitrags von Frau Stahmann möchte ich hier noch ein bisschen Aufklärung leisten. Ich denke, dass es richtig war, die hauptbeteiligte Schule, wenn man das so sagen darf, nicht an den Pranger zu stellen. Als ich hausintern über die Vorgänge informiert worden bin, wussten wir, dass eine große Boulevardzeitung auf der Spur war, eine Schule deutschlandweit an den Pranger zu stellen. In Kenntnis der Tatsache der Vorgänge, über die ich gleich noch ein wenig referieren werde, habe ich gesagt, ich kann es nicht zulassen, dass bei einer Schule, die in Zusammenarbeit mit der Jugend, mit Sozialarbeit derart viel an inhaltlichen Programmen macht, wo zwei Lehrer, eine Lehrerin, ein Lehrer, sich wenige Tage vorher in eine Messerstecherei auf dem Schulhof begeben, sich auch unter ihrer eigenen persönlichen Gefährdung einmischen, ein Schwarz-weiß-Bild gemalt wird, da ist eine Schule, die hat total versagt und wird bundesweit an den Pranger gestellt. Deswegen habe ich gesagt, und dazu stehe ich wie eine Eins, dies ist kein Problem einer Schule, sondern das ist ein gemeinsames, gesellschaftliches Problem, das wir gemeinsam lösen müssen.

(Beifall bei der SPD - Präsident Weber übernimmt den Vorsitz.)

Um das zu untermauern, inwieweit wir von Anfang an gut zusammengearbeitet haben, will ich Ihnen sagen, nahezu alle beteiligten Kinder und Jugendlichen sind sowohl in der aufsuchenden Jugendarbeit als auch im Jugendfreizeitheim bekannt. Ein Teil von ihnen hat an Antigewalt-Seminaren teilgenommen. Diese betroffenen Täter haben an Antigewalt-Seminaren, die von der Schule organisiert worden sind, teilgenommen. Ein Großteil der beteiligten Jugendlichen hat allerdings häusliche Gewalt erfahren.

Für einen der beteiligten Jugendlichen ist bereits ein Familienhelfer eingesetzt gewesen. Ein Jugendlicher ist in der Jugendgerichtshilfe bekannt,

laut Polizei hat er 16 Straftaten begangen. Hören Sie einmal genau zu! Er hatte am Tag nach der zweiten Tat eine Gerichtsverhandlung, in der ihm eine positive Prognose bescheinigt worden ist. Am Tag nach der zweiten Tat! Wir haben dann die Schüler sofort, als das bekannt geworden ist, aus dem Unterricht genommen. Wir haben sie nach wenigen Tagen, als die Überdenkphase vorbei war, auch weil sich die Eltern darüber massiv beklagt haben, wieder in die Schule aufgenommen. Als dann aber bemerkt wurde, dass sie überhaupt kein Unrechtsbewusstsein an den Tag gelegt haben, sondern noch in provozierender Art und Weise auf dem Schulhof aufgetreten sind, hat sich die Schulleitung an uns gewandt. Wir haben dann gemeinsam gesagt, hier können wir es nicht zulassen, dass das Opfer die Schule verlassen hat, aber die Täter auf dem Schulhof den Max machen. Deshalb haben wir gesagt, hier schreiten wir sofort ein und weisen diese Jugendlichen einer anderen Schule zu.

Nun wird dies von Frau Stahmann bemängelt. Sie haben eben gerade gesagt, wie kann es denn angehen, dass man dann so schnell konsequent handelt

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein!)

und nicht erst einmal eine entsprechende Vorbereitung der Schulen vornimmt! Wir haben sofort diese Maßnahme eingesetzt, und ich finde sie pädagogisch absolut richtig.

(Beifall bei der SPD - Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Stahmann?

Senator Lemke: Ja, natürlich!

Präsident Weber: Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich habe nicht bemängelt, dass schnell gehandelt wird, ich habe mir nur gewünscht, dass die Schulen, die die Jugendlichen aufnehmen, darauf vorbereitet sind, was für Jugendliche mit welcher Geschichte kommen, weil ich glaube, das ist wichtig für die Schule für die weitere pädagogische Arbeit mit den Kindern. Ich schätze es genauso wie Sie ein, dass hingeschaut werden muss bei Tätern und Opfern. Ich finde es auch nicht richtig, dass die Täter an der Schule bleiben, es muss aus Opfersicht entschieden werden. Da haben wir überhaupt keinen Dissens. Mir geht es darum, dass Sie als Bildungssenator das

Kollegium und die Lehrer darauf vorbereiten und da auch Hilfen gewähren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Senator Lemke: Erstens ist völlig klar, dass wir den aufnehmenden Schulen diese Unterstützungsmaßnahmen zukommen lassen. Wenn ich richtig informiert bin, legen alle Eltern Rechtsmittel gegen diese Schulverweise ein. Man fragt sich manchmal, wo man lebt, wenn angesichts dieser Straftaten, zu denen, wie Kollegin Röpke das gesagt hat, innerhalb von wenigen Wochen eine Verhandlung stattfindet, in den Familien generell so wenig Unrechtsbewusstsein herrscht. Dann muss man sich auch nicht fragen, warum die Kinder sich so verhalten, wie sie sich verhalten.

Frau Stahmann, seien Sie versichert, wir werden dies entsprechend umsetzen! Mit den Eltern ist ohnehin schon gesprochen worden, auch den aufnehmenden Schulen werden unterstützende Maßnahmen unterbreitet werden, dass auch der Schulpsychologische Dienst noch einmal mit allen Beteiligten spricht. Im Augenblick stellt sich das Problem deswegen nicht, weil, wenn ich richtig informiert bin, kaum einer der sieben Schüler die neuen Schulen besucht. Das ist auch wieder ein gravierendes Problem, das vor allen Dingen den Innensenator wahrscheinlich eines Tages wieder erreicht, weil dann direkt in der Schulzeit niemand die Kinder beaufsichtigt. Wir haben dann natürlich wieder den Schulermittlungsdienst beauftragt zu schauen, wo die Kinder geblieben sind. Wenn die Eltern aber sagen, wir reden nur noch über den Anwalt, dann sieht man, dass das ein großes Problem ist, das uns alle angeht.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber noch zu den anderen Punkten etwas kurz sagen! Frau Stahmann tut so, als wenn wir die ganze Zeit überhaupt nichts anbieten würden. Ich habe eben einmal nachgezählt: Es sind, glaube ich, 62 Veranstaltungen, die wir in den letzten drei Jahren exakt zu diesem Thema über die Lehrerfortbildung den Schulen und den Lehrerinnen und Lehrern, also einmal für die Schülerinnen und Schüler und auch für die Lehrerinnen und Lehrer, anbieten. Daran, meine Damen und Herren, liegt es nicht! Es liegt an vielen Faktoren, die innerhalb unserer Gesellschaft angesiedelt sind und nicht zuerst in der Schule entstehen, sondern diese entstehen zum Beispiel durch ein Medienangebot, das zum Wahnsinn treibt.

Wenn Sie sich nur anschauen, mit welchem Mist unsere Kinder täglich konfrontiert werden und wenn viele Eltern sagen, der Fernseher ist ein probates Erziehungsmittel, indem sie ihn anschalten, haben sie ihre Ruhe! Ich habe schon mehr-

fach gesagt, jeder Fernseher, der in einem Kinderzimmer steht, gehört hinausgeworfen. Das ist ohne Frage eine der Ursachen von Gewalt. Wir brauchen aber gar nicht in die Wohnzimmer zu gehen, wo die Fernseher diese Programme mit jeglichem Gemetzel ausstrahlen, wir brauchen uns nur jeden Tag die Tagesschau anzuschauen. Was uns allen da an täglicher unsäglichem Gewalt begegnet, das hat doch auch einen Einfluss auf die Kinder. Da müssen wir uns doch nicht einbilden, dass das alles keinen Einfluss auf die Kinder hat! Das, denke ich, muss man auch berücksichtigen, wenn man hier in Richtung Schule allzu stark argumentiert. Lehrerfortbildung, habe ich Ihnen gesagt, das allein kann es nicht sein!

Jetzt ist ein wichtiger Punkt von Frau Stahmann angesprochen worden, den ich auch schon in der Deputation angesprochen habe. Wir haben vor drei Jahren, meine Damen und Herren, im Prinzip das Problem schon erkannt und auch diskutiert. Wir haben in der Deputation in Kooperation mit den Ressorts Jugend, Inneres und Justiz eine große Studie in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse kamen im letzten Sommer. Wir erinnern uns alle daran! Dann haben wir, nachdem wir es in der Deputation diskutiert haben, das jeder einzelnen Schule - 173 Schulen! - zugeschickt mit der Bitte, sich Zeit dabei zu lassen, in Ruhe alle Gremien damit zu befassen, zu prüfen, wo sie Probleme haben und wo sie keine Probleme haben.

Nicht in allen Bremer Schulen gibt es massive Probleme, um das klar zu machen, aber es gibt sehr viele, in denen wir massive Probleme haben. Viele Schulen, wie übrigens die hauptbetroffene Schule, arbeiten sehr intensiv an dem Problem. Deshalb tat es mir auch so Leid. Wir haben übrigens dieser Schule keinen Maulkorb verpasst. Wir verpassen Schulen grundsätzlich keinen Maulkorb. Wir haben nur darauf hingewiesen, dass es ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, damit diese Schule geschützt wird und vor allen Dingen auch die Lehrerinnen und Lehrer, die dort eine gute Arbeit machen, geschützt werden und nicht an den Pranger gestellt werden.

Diese Gewaltstudie sollten die Schulen diskutieren. Ich war erschüttert am 15. Februar, das war der Stichtag, bis dahin wollten wir Berichte haben, wie sie damit umgehen. Wir haben nicht nur gesagt, hier habt ihr es und legt es zu den Akten, sondern wir haben gesagt: Bitte, diskutiert es in euren Gremien! Beobachtet das, wie ist es mit der Pausenaufsicht, wisst ihr über eure Schmuddel-ecken Bescheid? Schauen eure Lehrer weg, wenn es Prügeleien gibt nach dem Motto „Verlasst bitte das Schulgelände, aber prügelt euch nicht hier“? Solche Informationen bekommen wir auch manchmal, aber wir bekommen auch Informationen,

dass sich Lehrerinnen und Lehrer sehr aktiv in Konflikte einschalten. Diese Lehrerinnen und Lehrer wollen wir unterstützen durch unser Programm, nicht wegzuschauen, sondern sich einzumischen und Präventivmaßnahmen weiter voranzutreiben.

Jetzt kamen bis vorgestern insgesamt 21 Meldungen zurück. Wir haben das vor drei Wochen im Haus besprochen und es dann auch der Deputation vorgelegt. Jede Schule, die nicht geantwortet hat, bekommt jetzt einen genauen, konkreten Fragebogen, wo man nur noch ankreuzen und keinen ausführlichen Bericht schreiben muss. Jede einzelne Schule wird dann diesen Bericht zurückgeben müssen, wiederum mit Fristsetzung. Es ist eigentlich traurig, dass wir so darum kämpfen müssen, aber seien Sie versichert, liebe Frau Stahmann, wir werden an dieser Frage nicht nachlassen, weil wir uns unserer eigenen bildungspolitischen Verantwortung bewusst sind! - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte ursprünglich gar nicht vor, mich zu melden, aber nach den Worten der Senatorin und des Senators muss ich doch noch einmal auf eine Debatte, die wir vor vier Jahren hier im Haus geführt haben, zurückkommen! Wir haben damals auf Initiative der CDU die Große Anfrage „Gewalt an Bremer Schulen“ diskutiert, auch ausgehend von einem Fall, das haben wir damals nicht aufs Tapet gebracht, sondern die Kollegin Jansen hat dann den Schulnamen genannt, in Huchting. Vieles von dem, was damals gesagt wurde, wurde heute zum Teil wörtlich wiederholt. Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass man da stehen geblieben ist!

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator, ich muss noch einmal deutlich sagen: Wir haben damals nicht nur das Problem angesprochen, das etwas plakativ ausgedrückt wurde, ich habe hier einen Schüler abzugeben, jetzt tausche ich einmal mit einer Schule in der Region, biete Dealer gegen Räuber. Meine Damen und Herren, wir haben damals ganz konkret die Frage der außerschulischen Lernorte angesprochen.

Ich finde es weiterhin unverantwortlich, wenn wir hier die Situation haben, dass Gewalttäter einfach

auf eine Nachbarschule geschickt werden. In dem Fall müssen wir auch einen Schritt weiter gehen. Diese Frage bringen wir heute wieder aufs Tapet, weil es nicht sein kann, dass die Diskussion in den Verwaltungen anscheinend vier Jahre auf der Stelle getreten ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, hier sehen wir auch wieder die Reibungsverluste zwischen den Ressorts Bildung und Jugend. Wir haben fachlich darüber gesprochen bei der Frage der Kooperation Kindergarten, Grundschule, bei der Frage der verlässlichen Grundschule und bei der Frage der Ganztagschule. Hier geht es aber um eine ganz andere Qualität. Auch hier erneuere ich ganz deutlich unseren Vorschlag: Die Ressorts Bildung und Jugend gehören in eine senatorische Verantwortung, damit so etwas nicht passiert, dass die Häuser hier ernsthafte Abstimmungsprobleme haben. Das Problem ist doch wirklich - und das ist völlig zu Recht angesprochen worden -, Gewalt findet in der Schule oder nach der Schule statt, aber verantwortlich dafür ist die öffentliche Verwaltung. Diese öffentliche Verwaltung auf zwei Häuser verteilt hat anscheinend viel zu große Reibungsverluste. Das kann man abstellen. Das ist ein einfacher Verwaltungsakt, von daher die Bitte an den Koalitionspartner, jetzt ernsthaft darüber nachzudenken!

(Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Ich bitte darum, Herr Senator - wir haben vereinbart, dass eine gemeinsame Sitzung der Deputationen für Jugend und für Bildung stattfindet -, dass wir uns da auch viel Zeit nehmen, nicht mehr nur über den Elementar-, Primarbereich zu reden, sondern auch noch einmal ausführlich über den Bereich der Gewalt an Schulen und wie man dem begegnet.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wir haben doch schon vier Punkte!)

Liebe Frau Kollegin Hövelmann, was ich hier heute schon allein in dieser Debatte gehört habe, würde die Tagesordnung für mehrtägige gemeinsame Sitzungen der Deputationen füllen! Es kann nicht sein, dass hier die Verwaltung handelt, ich unterstelle, mit bestem Willen und Wissen, aber dass das, was dabei herauskommt, eben nicht optimal ist. Das müssen wir verbessern. Wir haben Vorschläge - der Kollege Bartels hat das angesprochen und auf den Tisch gebracht -, das Haus des Jugendrechts wird vom Sozialressort vehement abgelehnt, zuletzt auf der Tagung „Schulverweigerer“ im LIS Ende letzten Jahres.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Meine Damen und Herren, es gibt in der Bundesrepublik hervorragend funktionierende Konzepte, die hier in Bremen abgelehnt werden. Das kann nicht sein, weil es zu Lasten der Kinder und Jugendlichen geht.

(Beifall bei der CDU)

Von daher ist das nur noch einmal die Erinnerung an die Debatte, die wir vor vier Jahren geführt haben. Ich stelle fest, die Aussagen sind zum Teil identisch mit denen, wie es war. Es kann nicht sein, dass aufgrund der Erfahrungen, die damals gemacht worden sind, hier in den Verwaltungen anscheinend nicht weiter gedacht wurde und die Konzepte nicht weiterentwickelt worden sind. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt kommt ja doch noch ein bisschen Schärfe in die Debatte hinein, allerdings Schärfe und, wie ich finde, nicht unbedingt Sachlichkeit, Herr Rohmeyer!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Womit ich mich ein bisschen schwer tue, ist die Tatsache, dass Sie sagen, wir würden einen großen Sprung dadurch erreichen, dass wir die Geschäftsverteilung im Senat anders organisieren, als sie jetzt unter Beteiligung der CDU organisiert worden ist. Das halte ich für Quatsch! Wir haben eine Entscheidung gefällt, da war die CDU dabei,

(Zuruf)

und wenn Sie jetzt hier über diese Entscheidung lamentieren, dann sollten Sie mir einmal begründen, inwiefern das politisch überhaupt sinnvoll ist.

Ich möchte Ihnen da aber auch noch einmal sagen, warum ich glaube, dass das, was Sie da gerade geschildert haben, fachlich naiv ist! Es geht nicht darum, dass man zwei Spitzen zusammenschraubt und daraus einfach logisch ableitet, dass dann automatisch zwei Organisationen harmonisch miteinander arbeiten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht darum, dass man diese großen Organisationen in dem, was sie leisten sollen und was sie auch leisten können, so aufeinander bezieht, dass

das den Kindern und Jugendlichen zugute kommt. Da kann man darüber reden, ob das ein Mittel unter anderen ist, dass man auch an der Spitze zu einer Fusion kommt. Allerdings muss man auch ganz deutlich sagen, die entscheidenden Fragen sind andere. Die entscheidenden Fragen müssen meiner Meinung nach viel stärker auf lokaler Ebene entwickelt werden, und das findet auch durchaus statt.

Ich möchte nur einmal daran erinnern, ich habe vor ungefähr einer Woche an einer Stadtteilkonferenz teilgenommen. Da war die Polizei - wollen Sie die eigentlich auch mit ins gleiche Ressort schrauben, oder wie haben Sie sich das gedacht? - und die Beiräte da, die Schulen, die Jugendarbeit, die Kindergärten, ein Referent zum Thema, das wir hier gerade haben, Jugendgewalt, mit der Zielsetzung, den Stadtteil mit all seinen Angebotsformen gezielt darauf auszurichten, die Problematik dort schnell zu thematisieren und präventiv zu agieren. Das ist aus meiner Sicht der absolut richtige Ansatz, in den Stadtteilen die Organisation aufeinander zu beziehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hören Sie auf, hier so eine Chimäre aufzubauen, als ob man einfach an der Spitze etwas zusammenschraubt, und dann scheint über allem die Sonne! Das ist Unsinn!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin auch sehr betroffen von der Äußerung von Herrn Rohmeyer, der hier den Eindruck entstehen lässt, als hätten wir seit der letzten Debatte vor vier Jahren nichts getan. Dies ist nicht richtig, und ich verahre mich dagegen, da wir ausdrücklich positiv und gut zusammenarbeiten!

Ich habe Ihnen doch vorhin zusammengefasst, inwieweit die Kooperation hier gelaufen ist. Was ich vielleicht noch vergessen habe, ist, dass wir seit Jahren erfreulich gut mit der Polizei zusammenarbeiten. Von der Grundschule, von der ersten Einschulungsfeier bis hin zur Sek I ist der KOP an der Schule ein gern gesehener Mann. Das sind alles Projekte, einschließlich der Seminare, der Tagungen, der Lions-Quest-Geschichten „Kinder stärken“ et cetera, das sind alles Maßnahmen, die mit Ihrer Zustimmung, Herr Rohmeyer, mit der Zustimmung Ihrer Fraktion in der Bildungsdeputation

umgesetzt worden sind. Da können Sie doch hier nicht den Eindruck entstehen lassen, als hätten wir vier Jahre nicht an dem Thema gearbeitet!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Datenbank barrierefreies Wohnen

Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2004
(Drucksache 16/57 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eine Kurzdebatte vereinbart. Nach der eben sehr aufgeregt geführten Debatte zu einem auch sehr wichtigen Thema kommen wir jetzt zu einem wichtigen Thema, das, glaube ich, alle hier im Hause vereint und alle in Ordnung finden.

Nachdem der Beschluss des Senats auf Anregung dieses Hauses im Dezember 2002 gefasst worden ist und jetzt das Ergebnis vorliegt, finde ich, ist es gut, dass wir nun den Internetauftritt für eine Datenbank „barrierefreies Wohnen“ bekommen und dass er auch in Kooperation mit der Neubürgeragentur gemacht wird. Wir haben ihn uns in der Baudeputation schon einmal vorführen lassen und gesehen, dass er doch eine sehr ausführliche und gute Sache geworden ist. In dieser Datenbank sind sehr viele Informationen über die Art der Barrierefreiheit, über die Größe der Wohnung und über die Kosten der Wohnung enthalten. Dass das jetzt fertig geworden ist, finden wir, ist eine gute Arbeit.

Nicht so gut ist, dass noch nicht alles erfasst ist, weil die Datenbank bisher nur in Kooperation mit der AG Wohnen, das sind die ehemaligen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, erstellt worden ist. Es fehlen sozusagen die privaten Wohnungsanbieter. Es muss noch ein bisschen getan werden, damit auch sie dazu angehalten

und gebracht werden, ihre Angebote in diese Datenbank einzustellen. Wenn das jetzt erst einmal angefangen hat und sie sehen, wie das läuft, wie das geht und was dort alles abgebildet werden kann, dann, glaube ich, bekommt man von den Privaten noch viele dazu, so dass es dann eine umfassende, gute Datenbank wird.

Ein zweiter Punkt, der noch gelöst werden muss, ist, dass der Internetauftritt barrierefrei möglich ist. Der barrierefreie Zugang ist nach der Vorstellung bei dieser Datenbank leider bis jetzt noch nicht möglich. Das heißt also, man muss die Anwendungen so tätigen können, dass man dort auch barrierefrei ankommen kann. Das beginnt nun allerdings auch erst, und vielleicht kann der Senat hier noch mitteilen, bis wann der barrierefreie Zugang eingerichtet werden wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)²⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte für die SPD auch zuerst einmal die Umsetzung unseres gemeinsamen Antrags, nämlich die Errichtung einer Datenbank für barrierefreie Wohnungen, begrüßen, und das mit einem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbinden, die ihn gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften und der Neubürgeragentur umgesetzt haben. Das ist ein guter, ein gelungener Anfang, das finde ich auch!

(Beifall bei der SPD)

Ein bisschen Wasser muss ich aber doch in den Wein gießen, Herr Senator, es geht ein bisschen in die Richtung, die der Kollege Focke auch schon angedeutet hat: Wenn man die Seiten anklickt, geschieht nämlich genau das, was Frau Linnert bei der Debatte über den Antrag gemutmaßte hatte, es sind da erschreckend wenige Wohnungen aufgeführt, nämlich 40 eingeschränkt barrierefreie, fünf völlig barrierefreie, und rollstuhlgerecht ist gar keine Wohnung in dieser Datenbank.

Das kann nun verschiedene Gründe haben: Der Bedarf ist sehr hoch, es gibt also wenig freie Wohnungen, oder es gibt überhaupt zu wenig Angebote - das wäre in der Tat fatal, da wir ja inzwischen wissen, dass allein durch die demographische Entwicklung der Bedarf noch steigen wird - oder aber die Datenbank ist noch nicht vollständig, was ja zu Beginn so einer Sache auch nicht verwun-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

²⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

dem muss. Herr Focke hat gesagt, die privaten Anbieter dürften eigentlich auch noch mit dabei sein.

Ich habe gestern einmal die Probe aufs Exempel gemacht und einen Anbieter angerufen. Wie es der Zufall wollte, hat gestern die DKV ihre Wohnanlage an der Contrescarpe im „Weser-Kurier“ beworben. Sie bieten in der Tat 138 rollstuhlge-rechte Wohnungen an. Die Wohnungen sind zwar sehr teuer, logisch, an der Contrescarpe, aber auch dieses Segment muss ja beworben werden. Also, 138 rollstuhlge-rechte Wohnungen statt gar keiner, das ist ja schon einmal etwas! Davon gibt es sicherlich noch mehr, Herr Oppermann hatte ja in der letzten Debatte auf die Beispiele Steffensweg, Lange Reihe oder am Fundamt hingewiesen.

Es wäre also schön, Herr Senator, wenn die Datenbank auch mit Angeboten privater Anbieter und Stiftungen verbunden werden könnte. Ich denke da zum Beispiel an die Bremer Heimstiftung, das liegt ja auf der Hand. Zumindest über weiterführende Links müsste das recht unproblematisch möglich sein. Die DKV war übrigens sehr interessiert, mit ihren Wohnungen auf dieser Seite aufzutauchen. So wäre die Datenbank am Ende nicht nur praktisch für Suchende und nicht nur Werbung für Bremen, sondern würde auch privaten Anbietern eine Plattform für ihre Angebote bieten.

Herr Senator, ein guter Anfang ist gemacht, der ausbaufähig ist, damit die Datenbank auch umfassend den Zweck erfüllt, den wir ihr zugedacht hatten! - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Aufbau einer Datenbank barrierefreies Wohnen halten auch wir Grünen im Prinzip für eine gute Sache. Ich möchte aber sehr gern auf einen Zusammenhang hinweisen, den meine beiden Vorredner nicht erwähnt haben, warum wir Grünen glauben, dass diese Datenbank in Zukunft immer mehr Bedeutung haben wird. Es hat aus unserer Sicht auch mit der Veränderung in der Gesellschaft zu tun.

Wir werden eine immer älter werdende Gesellschaft, Stichwort demographischer Wandel. Im

Jahr 2030 wird der Anteil der über Sechzigjährigen in Deutschland bei über 41 Prozent der Gesamtbevölkerung liegen. Das allein zeigt uns schon, wie notwendig es ist, dass die Städte ein größer werdendes Angebot für barrierefreies Bauen auf dem Markt anbieten können. Insofern täte Bremen gut daran, auch um sich als Wohnort zu positionieren, hier verstärkt Anstrengungen zu unternehmen.

Frau Kummer hat darauf hingewiesen, und mir ist Ähnliches passiert, ich wollte auch einmal nachschauen. Es gibt drei Kategorien in dieser Datenbank: vollständig barrierefrei, barrierefrei und eingeschränkt barrierefrei. Mich hat natürlich sehr interessiert, welches Angebot ich in dieser Datenbank unter der Rubrik vollständig barrierefrei finde, weil dies ja gerade für die am meisten behinderten mobilitätseingeschränkten Bürgerinnen und Bürger in Bremen wichtig ist, nämlich für diejenigen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind.

Wie sieht dieses Angebot in der Datenbank aus? Es war der 23. Februar, und was habe ich als Antwort bekommen? Ich habe mir diese leere Seite ausdrucken lassen, und sie enthielt folgenden Text: „Sie suchen nach einer vollständig barrierefreien Wohnung. Leider haben wir keine passende Wohnung im Angebot. Bitte ändern Sie Ihre Eingabe.“ Na ja, da kann ich nun als Rollstuhlfahrer nur sagen: Pech gehabt!

Offensichtlich gibt der Markt aber tatsächlich barrierefreie Wohnungen her. Es müssen also weit über die Wohnungsbaugesellschaften hinaus andere Bauträger die Gelegenheit haben, hier in der Datei aufzutauchen. Wenn man sich an die ehemalige DDR erinnert, dann hat mich das so ein bisschen daran erinnert, dass nach dem Motto gehandelt wird: Ist leider aus! Insofern, glaube ich, gibt es hier noch Nachholbedarf.

Einen letzten Punkt, auf den ich auch noch hinweisen möchte: Wir Grünen haben in der Vergangenheit immer kritisiert, dass die ja nicht gerade steigenden Wohnungsbauförderungsmittel von der großen Koalition in erster Linie für den Bau von Eigenheimen ausgegeben wurden und eben nicht in erster Linie für die Bestandserneuerung. Ich glaube, gerade die Frage des barrierefreien Wohnens und der demographische Wandel zwingen uns dazu, diese Mittel verstärkt für die Bestandserneuerung einzusetzen und den Wohnungsmarkt tatsächlich auch hier zu zwingen, etwas zu tun, damit wir auf die zukünftigen Wohnbedürfnisse besser als bisher eingehen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Lassen Sie mich aber zum Schluss bei all unserer Kritik sagen, dass wir Grünen die Einrichtung einer solchen Datenbank begrüßen und dass wir uns wünschen, dass in Zukunft viele Menschen in Bremen, aber auch umzu, diese Datenbank vor allen Dingen erfolgreich benutzen! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin allen Vorrednern sehr dankbar dafür, dass sie die Kritikpunkte, die unser Haus selbst in der Deputationssitzung angesprochen hat, hier in der öffentlichen Debatte wiederholt haben. Es ist uns allen bewusst, dass dies ein Startprojekt ist, dass wir alle eine ganze Menge dafür tun müssen, dass diese Datenbank jetzt publik wird, dass wir vieles dafür tun müssen, dass Anbieter über die, die in der AG Wohnen sind, hinaus auch tatsächlich ihre Angebote ins Netz stellen - deshalb vielen Dank, Frau Kummer, dass Sie zum Beispiel diesen Vorschlag mit der DKV gemacht haben! - und dass wir natürlich zunächst einmal auch jede Möglichkeit nutzen müssen, um diese Datenbank jetzt auch tatsächlich in der Öffentlichkeit publik zu machen.

Wie Sie wissen, sind viele dieser Wohnungen im Endeffekt überhaupt nicht richtig auf dem freien Markt erhältlich. Wenn einmal eine Wohnung frei wird, so gibt es sozusagen informelle Kontakte, die dafür sorgen, dass sie sehr schnell wieder belegt wird. Natürlich haben wir dort insgesamt eine große Aufgabe, weil es ja nicht nur die ältere Bevölkerung ist, die solche Wohnungen nachfragt, sondern es sind behinderte Personen, die aufgrund von Krankheiten und Unfällen eingeschränkt mobil sind, und wir sind alle im Moment nicht mit dem Inhalt dieser Datenbank zufrieden, aber da sind jetzt wirklich alle aufgefordert, private Anbieter, private Wohnungsbesitzer, Wohnungsbau-Gesellschaften in einem größeren Maße als bisher, tatsächlich auch die vorhandenen Wohnungen in diese Datenbank einzustellen. Insofern verstehe ich diese Debatte auch so, dass es nicht ohne Debatte als Werbung für diese Datenbank abgehandelt wird, und ich hoffe, dass jetzt möglichst viele dieses Angebot auch nutzen werden.

Ich bin vor allen Dingen auch völlig damit unzufrieden, um diesen Punkt noch zu ergänzen, dass insbesondere im stadtnahen Bereich das Angebot gegen Null tendiert. Sehr viele dieser Wohnungen, die dort unter der Rubrik eingeschränkt barrierefrei aufgeführt sind, liegen eher in den City-Randgebieten. Das ist für uns auf Dauer sicherlich nicht akzeptabel. Das wirkt so ein bisschen, als wenn

man diejenigen, die auf diese Wohnungen angewiesen sind, nicht nur im bildlichen Sinne an den Rand der Gesellschaft, sondern auch an den Rand der Stadt Bremen drängen will. Deshalb müssen wir auch daran arbeiten, dass sich gerade die Angebote im citynahen Bereich verbessern.

Zwei Bemerkungen: Das eine war die Frage von Herrn Focke, das haben wir bei der Vorstellung schon gesagt, barrierefrei wird dieses Angebot in zwei bis drei Wochen zugänglich sein, also dann ist dies entsprechend kurzfristig umgeschwicht. Darüber hinaus verhandeln wir auch mit Bremerhaven, so dass dort ein entsprechendes Angebot gemacht werden kann und damit wir die Datenbank, die wir jetzt für Bremen aufgebaut haben, dann ähnlich in Bremerhaven nutzen können, wo im Endeffekt die Problemlage genauso ist.

Insofern sehen wir das im Augenblick Vorhandene als Startschuss an. Es gibt dafür viele Verbesserungsvorschläge. Ich hoffe, dass sich möglichst viele an diesem Projekt beteiligen. Eine Plattform ist vorhanden, aber daran, dass diese Plattform jetzt genutzt wird, müssen wir alle arbeiten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksachen-Nummer 16/57 S, Kenntnis.

Bebauungsplan 2293 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Schwachhausen zwischen Schwachhauser Ring, Crüsemannallee und Lüderitzstraße (jeweils teilweise)

Mitteilung des Senats vom 3. Februar 2004 (Drucksache 16/62 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2293 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 10 vom 3. Februar 2004
(Drucksache 16/63 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 11 vom 17. Februar 2004
(Drucksache 16/69 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 146. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Piepengraben, Bundesautobahn (A 27), den Grundstücken Schragestraße Hausnummern 12 und 17, Eisenbahnstrecke Bremen - Bremerhaven und Ritterhuder Heerstraße

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2004
(Drucksache 16/64 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 146. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Piepengraben, Bundesautobahn - A 27 -, den Grundstücken Schragestraße Hausnummern 12 und 17, Eisenbahnstrecke Bremen-Bremerhaven und Ritterhuder Heerstraße beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2161 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen östlich Lissaer Straße zwischen Bezirkssportanlage Gröpelingen, Hauptgebäude der Gesamtschule Bremen-West und Seewenestraße (ungerade Hausnummern 51 bis 65)

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2004
(Drucksache 16/65 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2161 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2203 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland zwischen Auf der Heide (beiderseits, Hausnummern 42 bis 60), Am Holler Fleet, Am Grashof und Eisenbahn Bremen - Hamburg

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2004
(Drucksache 16/66 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2203 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2301 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Osterholz östlich Grenzwehr (VR 283, Flurstücke 41/1 und 43/20 sowie VR 286, Flurstück 199/4)

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2004 (Drucksache 16/67 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2301 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2004 (Drucksache 16/68 S)

Der Wahlvorschlag ist in der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

Campingplatzverlegung stoppen: Bürgerwillen ernst nehmen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Februar 2004 (Drucksache 16/70 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit einer unglaublichen Ignoranz gegenüber ökologischen und ökonomischen Argumenten, mit einer dreisten Arroganz gegenüber einem Bürgerantrag zur Flächenpolitik, der von 11.000 Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben wurde, hat die große Koalition am 12. Februar in ihrer Baudeputations-sitzung der Verlagerung des Campingplatzes am Stadtwaldsee zugestimmt und damit den ersten Schritt zur Zerstörung der Uniwildnis eingeläutet. Das, meine Damen und Herren, halten wir für einen Skandal!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In Sonntagsreden schwätzen Sie von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement, und tatsächlich schaffen Sie Fakten gegen den Bürgerwillen. Das ist Ihre Politik! Die Freunde der Uniwildnis, der Waldkindergarten und der BUND forderten vor der Baudeputations-sitzung die Deputierten auf, diesen Tagesordnungspunkt zu streichen, ganz klar, weil der Erhalt der Uniwildnis ein wesentlicher Bestandteil des Bürgerantrages ist, und dieser wurde bisher von keiner der drei damit befassten Deputa-tionen, geschweige denn von der Bürgerschaft, beraten. Ein grüner Antrag auf dieser Baudeputa-tionssitzung wurde von Rotschwarz abgelehnt. Stattdessen sollen noch vor Beginn der Brutperiode Tatsachen geschaffen werden und 5,7 Hektar Wald und Naturfläche einer völlig überflüssigen Westerweiterung des Technologieparks weichen.

Sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU, zerstören damit nicht nur ein zusammenhängendes Naherholungsgebiet aus Bürgerpark, Stadtwald, Unisee und Uniwildnis, ein Naherholungsgebiet, das für ein gesundes Stadtklima in Bremen unverzichtbar ist, sondern Sie entwerten gleichzeitig den bestehenden Technologiepark,

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

weil er mit der Vernichtung der Uniwildnis seine reizvolle Umgebung verliert. Sie nutzen dem Technologiepark nicht, Sie schaden dem Technologiepark!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kollege Sieling, ganz besonders unglaublich macht sich die SPD, wenn Sie sich vor die empörten Bürgerinnen und Bürger stellen und ankündigen, die SPD wolle ja den Bürgerantrag gar nicht in Bausch und Bogen ablehnen, vielmehr wolle sie sich mit ihm differenziert befassen. Wenn Sie praktisch in einem Atemzug der Verlagerung des Campingplatzes Ihre Stimme geben, kann ich nur behaupten, das ist nichts weiter als hohles Geschwätz, nichts weiter als leere Worte, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf des Abg. Dr. Sieling [SPD])

Die Koalition argumentiert mit der Erfolgsgeschichte des Technologieparks, damit, dass die Flächen knapp werden, mit der attraktiven Adresse des Technologieparks, mit der notwendigen Anbindung an die Universität. Das ist alles an den Haaren herbeigezogen und hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

Schon jetzt ist der Technologiepark weit entfernt davon, ein Technologiestandort zu sein. Die Büroflächen dort werden längst ohne jede Zweckbindung angeboten, und der Bezug zur Universität entspricht reinem Wunschdenken. Ein Blick in den „Weser-Kurier“ zeigt uns, dass dort jederzeit Büroflächen angeboten werden. Von Problemen, ausreichend Angebote machen zu können, kann überhaupt keine Rede sein.

Wo, frage ich Sie, bleibt die vom Parlament einstimmig geforderte Nachverdichtung des Technologieparks, wo bleiben Parkhäuser, um endlich der Flächenverschwendung ein Ende zu machen? Für parkende Autos brauchen wir Parkhäuser und keine ebenerdigen Flächen. Wo bleibt der E-Com-Tower? Wo bleibt das geplante Zech-Haus? All das sind Flächen, die noch genutzt werden können und zahllosen Arbeitsplätzen Raum bieten könnten. Sie, meine Damen und Herren von der großen Koalition, gehen nicht sparsam mit Bremer Grund und Boden um. Sie verschwenden ohne Not Flächen in Bremen zu Lasten der jetzigen und der zukünftigen Generation.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ökonomisch ist die Westerweiterung des Technologieparks ebenfalls nicht zu rechtfertigen. Allein die Verlagerung des Campingplatzes und des

Reitvereins wird die Stadt zirka 23 Millionen Euro kosten, und die Kosten für die Erschließung der Westerweiterung werden mit ungefähr 55 Millionen Euro angegeben. Wenn man sich die Informationen der Freunde der Uniwildnis durchliest, müsste dafür der Boden auf zirka 15 Hektar mit einer Tiefe von 4,5 Metern abgetragen werden, um aufgeschütteten Bodenaushub des damaligen Universitätsbaus wegzuschaffen. Das entspräche allein 675.000 Kubikmetern Erdreich oder aber 135.000 Lkw-Ladungen, die weggeschafft und woanders wieder aufgekippt werden müssten.

Meine Damen und Herren, das kann doch nicht wirklich Ihr Ernst sein! Das ist einfach ein ökonomischer und ökologischer Wahnsinn, den Sie hier betreiben wollen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, der Technologiepark war bisher eine Erfolgsgeschichte. Das sagen auch wir Grünen, aber eine Erfolgsgeschichte lässt sich nicht beliebig in die Fläche ausdehnen. Das ist ein Irrtum. Der Erfolg des Technologieparks liegt auch gerade in seiner Begrenzung und in seinem attraktiven Umfeld, und Sie sind dabei, dieses attraktive Umfeld ohne Not zu zerstören.

Ich sage noch einmal ganz deutlich, es ist nicht das erste Mal: Bremen verfügt, Herr Pflugradt, über genügend Alternativstandorte. Bremen hat letztes Jahr auf der Expo-Real-Immobilienmesse mit großer Werbung sein Modell der Überseestadt präsentiert. Wenn diese Überseestadt nicht nur eine Luftnummer sein soll, dann fordern Sie bitte die BIG auf, dieses Gebiet offensiv zu vermarkten und die dortigen Flächen anzubieten, statt mit der Westerweiterung des Technologieparks Natur zu zerstören und der Überseestadt Konkurrenz zu machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen braucht zum Erhalt seiner Lebensqualität auch natürliche Grenzen. Die Uniwildnis und der Stadtwaldsee sind so eine Grenze, die zur Attraktivität Bremens beitragen. Wir Grünen fordern Sie daher in unserem Antrag auf, alle Aktivitäten zur Verlagerung des Campingplatzes umgehend zu stoppen und keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, die der Intention des Bürgerantrags zuwiderlaufen.

In Richtung des Bausenators sage ich: Herr Eckhoff, noch haben Sie die Chance, diesen Wahnsinn zu verhindern. Wenn Sie das nicht tun, dann verdienen Sie das Wort Umweltsenator nicht

mehr, dann sind Sie ein Umweltzerstörungssena-
tor. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der
Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Da-
men und Herren! Nun ist es wieder mit der Einig-
keit vorbei. Vom letzten Tagesordnungspunkt bis
jetzt hat es nur ein paar Minuten gedauert.

Frau Krusche, es ist ja so, dass wir nicht zum er-
sten Mal darüber diskutieren, und ich kann Ihnen
für meine Fraktion sagen, wir hätten eine ganz
einfache Lösung für den Technologiepark gehabt.
Wir hätten die Uniwildnis erhalten können, und
dann wären die ganzen Probleme gelöst worden,
dann hätten Sie dort Ihre Hunde weiter ausführen
können, und dann wäre das alles in Ordnung ge-
wesen. So ist es aber nicht, und wir haben lange
darüber diskutiert. Wir wollen, dass der Technolo-
giepark eine Erfolgsstory bleibt, und wenn Sie den
Technologiepark begrenzen, dann ist es keine Er-
folgsstory mehr, dann können Sie ihn nicht weiter-
führen. Wir wollen ihn aber als Erfolg behalten.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet, dass wir neben allem, was wir be-
schlossen haben - Verdichtung, Erhöhung, Aus-
nutzung -, auch Flächen für die Erweiterung ha-
ben müssen. Sie wissen selbst aus den Diskussi-
onen, die wir in den letzten zwei Jahren geführt
haben, wie der Flächenverbrauch und -verkauf
des Technologieparks gewesen ist und dass es
jetzt eben kaum noch Flächen gibt, die wir in zwei,
drei Jahren anbieten können.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dann bietet sie woanders an!)

Nein, das können wir nicht, weil wir den Techno-
logiepark als Erfolg erhalten wollen und ihn nicht
austrocknen wollen!

(Beifall bei der CDU)

Zu den Nebelkerzen, die Sie mit anderen Gewer-
begebieten werfen, was die Überseestadt betrifft,
will ich Ihnen sagen, dass wir das Startsignal bei
der Expo Real im letzten Jahr gegeben haben.
Diese Flächen werden offensiv vermarktet wer-
den. Ein Rückgabevertrag für eine Fläche ist ja
schon gemacht worden, und, Frau Krusche, Sie

sagen selbst, dass das eine Entwicklung über 20,
30 Jahre ist. Wenn es nach mir gehen würde,
würde es schneller gehen, meine Damen und Her-
ren, und deswegen sind wir auch sehr darauf be-
dacht, ich glaube, auch beide Koalitionäre, dass
bei der Überseestadt etwas passiert und dass dort
auch vermarktet wird.

Gehen wir einmal nach dem Bürgerantrag, den
Sie hier für eine weitere Diskussion im Parlament
vorgeschieben haben. Die 11.000 Unterschriften
sind ja nicht zusammengekommen, weil das alles
Befürworter der Uniwildnis sind. Sie sind deswe-
gen zusammengekommen, weil sich alle mögli-
chen Bürgerinitiativen zusammengetan haben und
sich hier zu allen möglichen Punkten geäußert
haben. Deshalb geht es nicht nur um die Uniwild-
nis, sondern auch darum, die Arberger Marsch
und die Osterholzer Feldmark nicht zu bebauen.

Sie wollen überhaupt keinen Wohnungsbau mehr,
Sie wollen überhaupt keine Gewerbeansiedlung,
Sie wollen keine neuen Straßen, Sie wollen nur
noch ÖPNV und Fußgängerverkehr als Vorrang
haben. Meine Damen und Herren, wenn wir das
machen würden, dann hätten wir eine schlafende
Stadt, dann hätten unsere Mitmenschen bald kei-
ne Arbeit mehr. Dann würden sie die Stadt verlas-
sen, und dann könnten Sie hier einen Dornrös-
chenschlaf machen und eine Schlafstadt einrich-
ten. Das wollen wir alles nicht!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sind die Punkte, die in den Bürgeran-
trag aufgenommen worden sind, ja schon von uns
in den letzten Monaten diskutiert worden. Zu den
meisten Dingen sind Entscheidungen gefallen,
und auch zur Technologieparkerweiterung West
sind die Entscheidungen gefallen. Das ist so, und
deswegen haben wir auch als Koalitionspartner
gesagt, werden wir jetzt, weil der Bürgerantrag
noch nicht in der Bürgerschaft beraten worden ist,
auch nicht den Bebauungsplan und den Flächen-
nutzungsplan aufhalten, weil es beschlossene Sa-
che ist und weil er monatelang in breitester Öffent-
lichkeit diskutiert worden ist. Allein zum Flächen-
nutzungsplan sind 48 Träger öffentlicher Belange
ausführlich zu Wort gekommen und haben Stel-
lungnahmen abgegeben. Die Stellungnahmen
sind bearbeitet worden und sind in diesen Plänen
verarbeitet worden.

Daher, meine Damen und Herren, ist es nicht so,
dass wir uns einfach über etwas hinwegsetzen,
sondern es ist alles lange geplant und diskutiert,
und der Abschluss steht jetzt bevor. Wir müssen,
um die rechtzeitige Verlegung des Campingplat-
zes für die nächste Saison erreichen zu können,
natürlich auch in diesem Verfahren weitermachen.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Über den Campingplatz haben Sie ja gar nicht geredet. Er ist völlig marode, sanierungsbedürftig und steht vor dem Aus. Wenn er in diesem Jahr nicht auf dem alten Gelände saniert wird, müsste er geschlossen werden, weil die sanitären Anlagen einen weiteren Betrieb nicht mehr zulassen. Der ADAC würde ihn aus seinem Tourismusprogramm herausnehmen. Der Campingplatz, der einmal einer der besten in Deutschland war, würde von der Bildfläche verschwinden. Da er sowieso verlegt werden muss, ist es nur konsequent, ganz normal den Weg weiterzugehen, den wir hier eingeschlagen haben. Die Verlegung kostet nicht wesentlich mehr als eine völlige Sanierung dieses Campingplatzes. Daher ist es konsequent - wenn er bis 2005 wieder geöffnet werden soll -, dass wir jetzt auch die Arbeiten aufnehmen, damit er fertig werden kann und die Leute ihn 2005 wieder besuchen können.

Das ist aber nicht der Hauptpunkt gewesen, warum Sie diesen Antrag hier eingebracht haben. Sie haben den Punkt eingebracht, um ein weiteres Mal mit uns über die Technologieparkerweiterung West zu diskutieren. Wir sagen Ihnen aber ganz deutlich: Wir wollen den Technologiepark erhalten, wir wollen ihn erweitern, wir wollen, dass es eine Erfolgsstory bleibt, und wir wollen ihn auch überregional vermarkten. Da sind wir uns alle einig, und deswegen werden wir auch diesem Versuch, den Sie jetzt gestartet haben, erneut eine Absage erteilen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche hat ja deutlich gemacht, worum es den Grünen in Wirklichkeit geht. Es geht hier jetzt nicht so sehr um die Fragestellung Bürgerantrag vor Bebauungsplanverfahren, sondern es geht darum, dass die Grünen die Westerweiterung nicht wollen, dass sie das schon immer nicht gewollt haben und hier die Gelegenheit nutzen, um noch einmal diese Debatte zu führen. Frau Krusche, von daher ist das ein Antrag, der ja die Debatte nun noch einmal aufleben lassen soll, eine Debatte, die wir schon mehrfach geführt haben.

Wir sind der Auffassung, dass wir Erweiterungsgelände für den Technologiepark brauchen und dass wir ihn in Form der Westerweiterung brauchen. Ich will auch eindeutig sagen warum: Ich

darf Ihnen in Erinnerung rufen, dass es sowohl Überlegungen gab, in das bestehende Kleingartengebiet zu gehen als auch in das Hollerland. Beide Optionen stehen für uns als Sozialdemokraten nicht zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen, dass es einen Erweiterungsbedarf gibt, und ich glaube, auch den Grünen ist bekannt, dass es schon heute Interessenbekundungen für ein Baufeld der neuen Westerweiterung gibt, und zwar von einem Unternehmen, das im Technologiepark ansässig ist. Mit dem Gelände, das insgesamt 16,5 Hektar netto umfassen wird, würden wir den Flächenbedarf, wenn die Entwicklungsprognose so richtig ist, von sechs Jahren decken. Da sagen auch wir Sozialdemokraten, damit wird natürlich auch ein Problem deutlich, dass nämlich die Flächen, die insgesamt zur Verfügung stehen, selbstverständlich begrenzt sind, so dass wir zu einer Lösung kommen müssen, die eben nicht nur diesen Standort umfasst, sondern es muss in der Tat gelingen, dass wir innerhalb dieser sechs Jahre andere Standorte - insbesondere die Überseestadt -, und ich sage einmal, weil ich viel von der Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft halte, wissenschafts- wie auch wirtschafts- tauglich zu machen, damit wir dort dann die Ansiedlung verstärkt betreiben können.

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten zunächst die Entwicklung des Technologieparks nicht behindern, nein, sie sogar absichern, und deshalb haben wir der Westerweiterung zugestimmt, und deshalb haben wir auch der Einleitung des Bebauungsplanverfahrens zugestimmt beziehungsweise der Änderung des Flächennutzungsplans.

Nun wird hier der Eindruck erweckt, als wollte die Koalition den Bürgerwillen aushebeln. Dazu ist formal zunächst einmal ganz eindeutig und klar festzuhalten, dass ein Bürgerantrag keine auf-schiebende Wirkung für andere Verfahren hat.

Zum Bürgerantrag selbst möchte ich jetzt eigentlich in der Sache nicht reden, weil sich in der Tat noch drei Deputationen damit beschäftigen werden. Anschließend wird es eine Beratung im Parlament geben, aber soviel ist schon richtig, und insofern finde ich die Kritik von Frau Krusche nicht zutreffend, dass wir in der Tat diesen Bürgerantrag differenziert betrachten wollen. Wir könnten zum Beispiel schon darüber streiten, ob dieser Einzelpunkt, der ja auch als Einzelpunkt genannt ist und nicht in den übergeordneten Punkten aufgeführt wird, wirklich einer der wesentlichen Punkte des Bürgerantrags ist oder ob es andere Teile

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

sind. Wir halten einige Teile für richtig, andere halten wir für falsch.

Ich will jetzt in der Sache der Westerweiterung und dem Bebauungsplanbeschluss dem mehr oder minder moralisch eingeforderten Wunsch der Grünen nachkommen, wie wir das mit dem Bürgerwillen eigentlich verstehen. Ich darf Ihnen eine ganz einfache Frage stellen: Welcher Gewinn käme für welche der beteiligten Seiten heraus, wenn wir das Bebauungsplanverfahren erst nach der Beschlussfassung über den Bürgerantrag abschließen würden, wobei doch klar ist - und spätestens seit der Sitzung der Wirtschaftsförderungsausschüsse vom November 2003, als wir der Verlegung des Campingplatzes ja zugestimmt haben -, dass diese Koalition das Begehren des Bürgerantrags ablehnt? Welcher Gewinn kommt für welche Seite dabei heraus? Ich glaube, es gehört zur Ehrlichkeit, deutlich zu sagen, es soll keine Verzögerung eintreten, die Koalition will dies, Sie wollen etwas anderes, so ist die Situation!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss doch wenigstens den Leuten das, was formell vorgesehen ist, gestatten!)

Nein, das ist ja nicht der Punkt! Frau Kollegin Linnert, das Verfahren des Bürgerantrags ist ja, dass wir damit in das Verfahren, in die Deputation und in das Parlament gehen. Wir haben als Koalitionsfraktionen deutlich gemacht, dass wir die Westerweiterung des Technologieparks wollen, und warum sollen wir Dinge verzögern, die klar sind? Es macht doch keinen Sinn, etwas vorzugaukeln, als wenn es noch die Möglichkeit der Änderung gäbe! Das wäre doch erst recht irreführend!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Von daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, wundert es nun nicht, dass wir dem Antrag der Grünen nicht zustimmen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, Herr Focke und Herr Liess haben sehr deutlich den Stand des Verfahrens auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Schwierigkeiten dargestellt, in denen man sich natürlich auch bei einem solchen Verfahren bewegt, deshalb möchte ich die Argumente nicht alle wiederholen. Eines ist vollkommen klar: Der Senat hat sowohl am 12. März 2002 als auch am 14. Januar 2003 beschlossen, dass die Westerweiterung des Technologieparks vorzubereiten

ist, um das Vorhaben kurzfristig zu realisieren. In der Folge hat die Deputation für Bau am 20. März 2003 zur 65. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan 2311 Planaufstellungsbeschlüsse gefasst. Durch die Beschlüsse der Wirtschaftsförderungsausschüsse wurden Mittel für die Planung bereitgestellt. Das heißt, es ist im Endeffekt seit über einem Jahr bekannt, was jetzt entsprechend umgesetzt wird.

Frau Krusche, Sie benutzen den Bürgerantrag jetzt noch einmal als Vehikel, um dieses Gesamthema hier zu debattieren. Man könnte jetzt lange darüber streiten, ob der Weg richtig oder falsch ist. Wir in der großen Koalition sind davon überzeugt, dass es richtig ist, die Flächen zwischen Bahn und Autobahn konsequent weiterzuentwickeln. Das war ein langer Diskussionsprozess. Die SPD wollte erst nach Süden, die CDU wollte lieber nach Norden, und dann hat man sich in Richtung Westen geeinigt.

(Heiterkeit - Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist logisch!)

Ich kann verstehen, dass Sie das kritisieren. Sie haben das auch in den letzten Jahren kritisiert, aber jetzt nehmen Sie sozusagen den Bürgerantrag hier als Vehikel, um das heute noch einmal zu diskutieren. Sie sind auf den Bürgerantrag selbst, auf die wesentlichen Ziele dieses Bürgerantrags überhaupt nicht eingegangen.

(Zuruf der Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen])

Jetzt rufen Sie selbst dazwischen, das ist heute überhaupt nicht das Thema. Das ist nicht Ihr Thema in Ihrem Beitrag gewesen, Frau Krusche! Ihnen ging es nur darum, sozusagen noch einmal die Westerweiterung des Technologieparks zu kritisieren.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

In Ihrem Antrag steht etwas ganz anderes!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Richtig!)

Deswegen haben Sie noch nicht einmal zu Ihrem eigenen Antrag gesprochen, Frau Krusche!

Ich möchte das noch einmal untermauern. Wenn ein Bürgerantrag, der diese wesentlichen Punkte enthält, eine aufschiebende Wirkung hätte, hätten wir im letzten Jahr im Endeffekt an kaum einem Projekt in dieser Stadt arbeiten können. Er hat keine aufschiebende Wirkung. Es ist eine dezidierte Auseinandersetzung der Verwaltung, deshalb gab es dort entsprechende Vorlagen mit den

Inhalten des Bürgerantrags für die Sitzungen der Deputationen.

Jetzt gibt es sozusagen noch in Einzelpunkten die Frage, wie man mit den jeweiligen Punkten auch tatsächlich in der Beschlussfassung umgeht. Es sind noch unterschiedliche Auffassungen vorhanden. Auch dies wird geklärt. Man muss dann aber auch abwägen, was richtiger ist, das hat Herr Liess gerade angedeutet. Ist es richtiger, sozusagen jetzt noch Wochen abzuwarten, bis der Bürgerantrag auch formell im Parlament abgeschlossen ist, weil das Verfahren mit der Beratung in der Deputation noch nicht abgeschlossen ist? Entstehen auf der anderen Seite dann nicht viel größere Probleme? Ist es also nicht zum Beispiel viel schwieriger, während der Vogelbrutphase dann jeden einzelnen Baum, den man sich dort vornimmt, tatsächlich beurteilen zu müssen?

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach so!)

Nein, Frau Linnert! Oder ist es in der Abwägung nicht auch falsch, das gesamte Projekt im Endeffekt für ein Jahr zu verschieben? Sie kennen selbst die Probleme des Campingplatzes. Sie wissen, dass im Endeffekt die Verlagerung sehr zeitnah erfolgen muss, weil der Campingplatz schon heute nicht mehr den Erfordernissen entspricht. Insofern ist das eine Abwägung, die dort erfolgen muss. Diese Abwägung ist in meinem Hause entsprechend beurteilt worden, und aus diesem Grunde ist man zu der Überzeugung gekommen, dass einer kurzfristigen Realisierung des Projekts Campingplatz aus formalen Gründen nichts entgegensteht. Das muss man so zur Kenntnis nehmen.

Es gibt eine große Übereinstimmung. Das ist eine Abwägung. Frau Krusche, das macht auch keiner mit hoher Begeisterung, um auch das so deutlich zu sagen. Es ist ja nicht so, dass da alle in irgendeiner Form freudig mit der Kettensäge anrücken, sondern es ist im Endeffekt eine Abwägung zwischen den Interessen dieser Stadt.

Es ist ja nun nicht so, wie Sie sagen, dass sozusagen massenweise Leerstände im Technologiepark sind. Schauen Sie sich die Büroleerstandsquoten Bremens im Vergleich mit anderen bundesweiten Großstädten an! Wir sind immer noch am unteren Level.

Es gibt ganz konkrete Nachfragen für Grundstücke, auf denen sich Betriebe erweitern wollen und die auch neue Arbeitsplätze schaffen wollen. Das können Sie doch nicht vom Tisch wischen und nach dem Motto vorgehen, dann sollen die ihre Arbeitsplätze außerhalb Bremens schaffen!

Das ist eine Abwägung, aber die ist hier, wie gesagt, schon häufig diskutiert worden, deshalb will ich diese Diskussion auch nicht wieder aufleben lassen. Die Koalition hat sie so beantwortet, die Opposition beantwortet sie anders, aber das Handeln, das jetzt erfolgt, ist im Rahmen der gegebenen Beschlüsse sehr konsequent. Vor diesem Hintergrund glaube ich auch, dass es konsequent sein wird, dass die Koalitionsfraktionen diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss schon sagen, Herr Senator, meine Kollegen aus der SPD und der CDU, uns Grünen geht es in der Tat darum, dass die Politik ein Gespür dafür entwickelt, wie man mit Instrumenten, die die Bürgerinnen und Bürger hier in diesem Bundesland haben, umgeht.

(Abg. Focke [CDU]: Das heißt doch aber nicht, dass man allen Anträgen entsprechen muss!)

Unser Eindruck war, Herr Focke, dass gerade die Westerweiterung des Technologieparks in der ganzen Stadt strittig ist. Das sind nicht nur diejenigen, die im Verein Uniwildnis Mitglieder sind, sondern es sind ganz viele Bremerinnen und Bremer, die dieses Gebiet erhalten wissen wollen, weil sie es für ihre Stadt als wichtig, als lebens- und liebenswert empfinden. Dass Sie diesem Wunsch der Menschen einfach so ignorant begegnen, das kritisieren wir allerdings, denn Sie hätten hier die Gelegenheit gehabt, es hier einmal anders zu machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Über viele Punkte, da gebe ich Ihnen Recht, die Bestandteil des Bürgerantrags sind, haben Sie schon gnadenlos hinweggesehen, über die Widersprüche, die es hier in der Stadt gibt. An diesem Punkt aber hätten Sie Ihr politisches Gespür beweisen können, indem Sie sagen, okay, wir warten zumindest erst einmal die Debatte über diesen Bürgerantrag ab und schauen wieder insgesamt auf die Stadt, welchen Projekten des Bürgerantrags man folgen kann und welchen nicht.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Aber das beantragen Sie ja gar nicht!)

Sie nutzen jetzt einfach eine völlig bescheuerte Begründung, Herr Focke - entschuldigen Sie das Wort! -, aber eine völlig bescheuerte Begründung: Weil der Campingplatz marode ist, müssen jetzt nächste Woche, diese Woche die Kettensägen anrollen! Ich bitte Sie! Wir Grünen wären die ersten gewesen, die konstruktiv mit Ihnen gemeinsam einen alternativen Standort für den Campingplatz gesucht und in Bremen gefunden hätten, wenn wir damit die Uniwildnis erhalten könnten. Das kann ich Ihnen versprechen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verstehe auch die Argumente nicht. Bremen verfügt nur über eine beschränkte Interessentenanzahl für Gewerberaum, für Bürostandorte. Wir sind keine Boomtown! Das müssen Sie doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Auch wenn augenblicklich der Leerstand in Bremen im Vergleich zu anderen Städten verträglich ist, dann muss man sich doch auch klar machen, dass diese Flächen, die Bremen hat, endlich sind. Wenn man die Auswahl hat, Flächen zu bebauen, zu nutzen, die schon da sind, alte Flächen zu revitalisieren, statt immer wieder nur auf neue Flächen, immer wieder nur auf die grüne Wiese zu gehen, dann muss man sich in der Abwägung aus ökologischen und aus ökonomischen Gründen dafür entscheiden, neue Adressen auf alten Flächen zu schaffen. Das ist unser Anliegen, und damit sind wir uns mit den Bürgerinnen und Bürgern, die diesen Antrag unterschrieben haben, einig, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch ein allerletzter Punkt! Herr Senator, wir haben auch unsere Erfahrung mit der BIG und welche Investoren sie heranträgt! Einmal sind sie da, am nächsten Tag sind sie verschwunden! Warten wir einmal ab! Ich würde mir wünschen, dass die BIG auch im Interesse einer zukunftsweisenden Stadtentwicklungspolitik handelt, und zwar unter Federführung eines Bausenators, der die Verantwortung für eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung übernimmt und der die BIG in die Pflicht nimmt, diese Politik im Sinne einer zukunftsweisenden, modernen Entwicklungspolitik zu verfolgen, anstatt rückwärtsgewandt immer nur wieder neue Flächen zu zerstören und die Stadt immer weiter auszudehnen. Das kann keine gute Wirtschaftspolitik sein, schon gar keine gute Umweltpolitik, und es ist eine ganz schlechte Stadtentwicklungspolitik!

Darum glaube ich, dass die Verlagerung des Campingplatzes eine Fehlentscheidung ist, genauso wie es eine Fehlentscheidung ist, einen Technologiepark immer weiter auszudehnen, statt sich neue Adressen an ökologisch viel verträglicheren Orten aufzubauen. Das wäre eine richtige Politik. Leider kann man das mit Ihnen beiden nicht machen, das ist schon sehr schade! - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will das ja hier nicht unnötig verlängern, aber es ist doch immer wieder dieselbe Leier.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei Ihnen doch auch!)

Es wird ein Punkt genommen, um dann wieder den Rundumschlag zu starten, was die Gewerbeflächen betrifft. Wir machen sehr viel Brachenrecycling. Wir haben Ihnen im letzten Jahr nachgewiesen, dass wir wesentlich mehr Brachenrecycling gemacht und da viel mehr Geld hineingesteckt haben, als wir neue Gewerbegebiete entwickelt haben. Sie wissen ja, die Überseestadt ist eine reine Brachenentwicklung. Dann haben wir das AG-„Weser“-Gelände und das Vulkan-Gelände. Wir haben alles aufgezählt, was wir revitalisiert haben und wo wir überall viele Arbeitsplätze eingerichtet und neu geschaffen haben.

Frau Krusche, Sie müssen sich das nicht so vorstellen, als ob man einmal eben mit dem Finger schnipst, und dann kommt ein Investor und sagt, ich lege dir hier einmal 100 Millionen Euro hin! So ist es nicht! Dafür muss man schon ein bisschen tun und Wirtschaftsansiedlung und -förderung betreiben, um am Markt konkurrenzfähig zu sein. So einfach ist das nicht!

Im Übrigen werden aber ja im Moment eine ganze Menge Bauanträge für den Technologiepark gestellt. Auch für den E-Com-Tower ist der Bauantrag gestellt, und man wird in Kürze mit dem Bau beginnen. Glauben Sie also nicht, dass Sie sich hier hinstellen können und sagen, da passiert nichts! Wir werden Ihnen zeigen, wenn wir alle zwei Monate durch den Technologiepark gehen, was dort entsteht. Das wollen Sie ja nicht zur

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Kenntnis nehmen, aber das müssen Sie zur Kenntnis nehmen! - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/70 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit wären wir an dem Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich für die engagierte Debatte am heutigen Tag und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.28 Uhr)